

Bezugpreis:

Bezugpreis: 1. Vierteljahr 4.- M., monatlich 1.- M. ...

Anzeigenpreis:

Die achtgepostete Komparatabelle kostet 1.50 M. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Sonnabend, den 16. August 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Polen-Offensive gegen Sowjet-Rußland.

Der Krieg im Osten.

Bündnis der russischen Randstaaten.

Nach einer „Times“-Meldung aus Warschau haben die Polen in Ostgalizien eine Offensive begonnen.

Über das geplante Verteidigungsbündnis zwischen Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen und der Ukraine äußerte sich der Vertreter Litauens ...

Zugleich klagt die tschechische Presse über bedrohliche polnische Truppenansammlungen bei Teschen.

Beschränkung des Streikrechts in England?

Laut Pressebureau Radio erklärte der britische Arbeitsminister, der Vorstoß, ein Gesetz einzubringen, das Streiks und Ausperrungen, die nicht eine Woche im voraus angezeigt wurden, für ungesetzlich erklärt, werde sorgfältig in Erwägung gezogen werden.

Der Konflikt zwischen Rumänien und der Entente beigelegt.

Notenwechsel zwischen Paris und Budapest.

Paris, 15. August. Die Havas meldet, hat die Antwort der rumänischen Regierung auf die Vertreter der Großmächte einen sehr guten Eindruck gemacht.

Oesterreichische Besorgnisse.

Gefahr einer Besetzung Deutsch-Westungarns.

St. Germain-en-Laye, 15. August. In einer Note an Ministerpräsident Clemenceau teilte Staatskanzler Renner mit, er habe erfahren, daß der Befehlshaber der etwa 3000 Mann starken ungarischen Streikkräfte in Steinamanger erklärt habe, Deutsch-Westungarn solle wieder durch Waffengewalt der ungarischen Herrschaft unterworfen werden.

Das Urteil im Liebknecht-Prozess.

Die „Freiheit“ teilt in ihrer Nr. 384 mit, der Reichspräsident habe in der Frage der Bestätigung des Urteils im Liebknechtprozess dahin entschieden, daß das Bestätigungsrecht nicht ihm, sondern dem preussischen Staatsministerium zustehe.

Die wir festgestellt haben, sind die Vorwürfe der „Freiheit“ unbegründet. Die Frage, ob für die Bestätigung des Urteils der Reichspräsident oder das preussische Staatsministerium zuständig ist, hat bei den nicht ganz klaren Bestimmungen der Uebergangsgesetzgebung dem Reichsmilitärgericht und der Reichsmilitärarmvwaltschaft zu Zweifeln Anlaß gegeben.

Ebenso unzutreffend sind die Darlegungen der „Freiheit“ über die Rechtslage. Die für die Bestätigung von Feldgerichtsurlteilen zuständigen Stellen sind in einer auf Grund des § 422 der Militärstrafgerichtsordnung ergangenen, noch heute gültigen Verordnung bereits festgelegt.

Ribots Friedensablehnung.

Die englischen Blätter kündigen die Veröffentlichung eines Weißbuchs an, von dessen Inhalt besonders ein Memorandum von Interesse ist, das der französische Geschäftsträger am 27. August Lord Cecil überreichte.

Die Kommentare, die von der nationalistischen Presse an diese Meldung geknüpft werden fallen in sich zusammen. Die Tatsache, daß auch in anderen Ländern verbrecherische Subjekte jede aufkeimende Friedensmöglichkeit zu ertöten suchten, ist nicht imlande, die deutschen Kriegsverlängerer in irgend welcher Weise zu entlasten.

Englische Waren für das besetzte Gebiet.

Die „Times“ berichten, daß Montag dem Parlament eine Gesetzesvorlage eingebracht wird, die darauf hinzielt, daß England für den Handel in den besetzten Gebieten Europas Kredite gewähren soll.

Um Danzigs Schicksal.

Die deutsche Regierung hat in Versailles eine Note des Inhalts überreicht, daß die Bevölkerung von Danzig über wichtige in den Bestimmungen des Friedensvertrages nicht klargestellte Fragen dringend Auskunft zu erhalten wünsche.

Das Schicksal der Hilfskräfte.

Der Krieg ist vorbei, wir streben normalen Zeiten zu. Für viele tausende männliche und weibliche Hilfskräfte bei Behörden aller Art entsteht jetzt die Frage: „Was wird aus uns?“

Es wäre töricht, an dieser Frage einfach mit dem Hinweis darauf vorbeizugehen, daß diese Männer und Frauen bei ihrer Einstellung ja gewußt haben, ihre Tätigkeit finde mit Kriegsende und dem Abbau der Kriegswirtschaft ihren Abschluß.

In Betracht kommen etwa 40000 Angestellte der Kriegesgesellschaften, die bekanntlich so bald wie möglich abgebaut werden sollen.

Bei allen Hilfskräften macht sich das Bestreben bemerkbar, die feste Uebernahme durch die Behörde, bei der sie beschäftigt sind, zu erlangen und auch das Beamtenverhältnis mit der Möglichkeit auf Ablegung der Prüfungen und Aufrückung in Beförderungsstellen überführt zu werden.

Es ist aber nicht zu verkennen, daß einer solchen allgemeinen Uebernahme Schwierigkeiten entgegenstehen, die nicht zu überwinden sind.

Zunächst einmal kommen die alten Beamten aus dem Kriege und der Kriegsgefangenschaft zurück. Ferner hat das Reich und auch der preussische Staat die rechtliche Verpflichtung, für die Beamten zu sorgen, die in den abzutretenden Gebieten nicht bleiben wollen oder von dort vertrieben werden.

Weiter kommen die Beamten hinzu, die infolge der Auflösung des Heeres und der Marine überzählig werden. Es wäre vom Reich unverantwortlich, wenn es diesen Beamten die wirklich erdiente Pension geben wollte, ohne ihre Arbeitskraft weiter auszunutzen.

Es wird verständlich sein, daß das Reich und die Länder auf diese Leute auch eine gewisse Rücksicht werden nehmen müssen, ohne ihnen allerdings ein besonderes Vorrecht vor anderen Leidensgenossen einzuräumen.

Grundfah muß sein, daß sich jeder nach Kräften selbst helfen muß. Niemand hat das Recht, heutzutage die Hände in den Schoß zu legen und gelassen abzuwarten, bis ihm Hilfe „von oben“ zuteil wird.

Zunächst wird dies darin bestehen müssen, daß die Kandidaturen der Hilfskräfte nicht planlos erfolgt, sondern daß hierin nach ganz bestimmten Grundfahen vorgegangen wird.

ganz gleich ob Frau ob Mann, entlassen wird, bevor nicht alle diejenigen Frauen ausgeschieden sind, bei denen der Broterwerb kein Zwang ist.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß im Kriege viele Frauen arbeiten gelernt und Freude am selbstverdienten Geld gefunden haben, die unter anderen Umständen niemals die Hand im öffentlichen Dienste gerührt hätten. Unter diesen Frauen gibt es verheiratete und ledige. Sie alle können sich jetzt, nachdem der Arbeitslohn gegen früher doch immerhin beträchtlich gestiegen ist, nicht entschließen, diesem Geldverdien zu entsagen, ganz gleich, ob sie ihn nötig haben oder nicht. Sofern die Einsicht diese Frauen nicht veranlaßt, von selber aus dem Dienst zu scheiden, muß verlangt werden, daß die Behörden die diesbezüglichen Verfügungen über Entlassungen ohne Ansehung der Person und rücksichtslos handhaben, damit der erstrebte Zweck auch erreicht wird. Sache der Angestellten- und Arbeiterausschüsse ist es, über die ordnungsmäßige Ausführung der Bestimmungen zu wachen und dahin zu wirken, daß die immer wieder auftauchenden Klagen über unterschiedliche Behandlung endlich verstummen.

Weiter wird dahin zu streben sein, daß alleinstehende und auf Erwerb angewiesene Frauen bezüglich der Entlassung den Männern gleichgestellt werden, und daß vor allem Kriegswitwen, sofern sie sich ihr Brot mit ihrer Hände Arbeit verdienen müssen, den Kriegsbeschädigten zugezählt werden.

Die Bestrebungen, sowohl Männer als auch Frauen ihren früheren Berufen zuzuführen, müssen in jeder Weise gefördert werden. Dies gilt ganz besonders für die Frauen, die bis zum Kriege ihren Broterwerb mit Schneidern oder als Hausangestellte verdienten. Es läßt sich doch nicht leugnen, daß viele dieser Frauen nicht mehr die Absicht haben, ihren früheren Beruf wieder aufzunehmen. Hier ist nicht der Ort, die Ursachen dieser Erscheinung zu untersuchen. Festgestellt sei nur, daß es heute fast unmöglich ist, eine Stiche, ein Hausmädchen, eine Schneiderin usw. usw. auch gegen gute Entlohnung zu finden, daß sie fast alle bei irgendeiner Behörde Dienst tun, nun mit Fähigkeit an dieser Stelle Neben und den erwerbslosen Männern das Brot fortnehmen, anstatt ihre Kräfte jener Arbeit einzuordnen, der sie schon vor dem Kriege nachgegangen sind.

Bei den Männern sind es hauptsächlich die Arbeiter der ländlichen Berufe, die in die Städte und den Behörden dienst getrieben sind. Auch hier wird stärker als bisher darauf gedrückt werden müssen, sie ihrem früheren Beruf wieder zuzuführen.

Allgemein muß verlangt werden, daß die Kündigungskrisen so weit ausgedehnt werden, wie es sich irgend ermittelbar läßt, damit die Entlassenen Gelegenheit haben, sich um eine neue Stelle zu bewerben, ohne erst der Arbeitslosenfürsorge anheimzufallen.

Die Beamtenlaufbahnen sind durchweg zu sperren. Freiverdende Stellen dürfen nur Erwerbslosen übertragen werden, die sich billigen Anforderungen nach für den Posten eignen müssen. Die Altersgrenze ist recht weit zu ziehen. Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmern und schon im Kriege bei Behörden beschäftigt gewesenen Hilfskräften könnte ein Vorrang eingeräumt werden. An den Wiederaufbau eines jungen Beamtennachwuchses zu denken, wird dann Zeit sein, wenn die ersten schweren Jahre der Wirtschaftskrise überwunden sind.

Für die Beamtenstellen der neu zu schaffenden Reichsfinanzbehörde treffen vorsehende Ausführungen in erster Linie zu. Es kann unter keinen Umständen angehen, daß diese Stellen vorzugsweise an ehemalige Offiziere übergeben werden. Abgesehen davon, daß sie keinen Anspruch auf irgendeine Bevorzugung gegenüber anderen Kriegsteilnehmern usw. haben, besteht die Gefahr, durch diese Einrichtung einen Militärbureaucratismus heranzuzüchten, der alles an Bureaucratie bisher Dagewesene weit in den Schatten stellen würde.

Um aber noch weiter der drohenden Arbeitslosigkeit vorzubeugen, wird es gut sein, wenn sich die Regierung darüber klar wird, ob nicht noch mehr gesetzliche Maßnahmen zu ergreifen sein werden, auch Privatbetriebe zur Einstellung von Erwerbslosen zu zwingen. Ebenso wie

bei den Behörden könnte auch hier eine Beschäftigung der Frauen nur unter dem Gesichtswinkel der Erwerbsnotwendigkeit durchgeführt werden, wenigstens solange, wie es die Not erfordert.

Unverkennbar gehen wir einer schweren Arbeitskrise entgegen, und es ist dringend notwendig, daß schon jetzt nach Mitteln und Wegen gesucht wird, der heraufsteigenden Not mit Erfolg entgegenzutreten. Zu diesem Zweck müssen alle beruflichen Stellen mit Ernst an die Sache herangegangen und das nicht erst im letzten Augenblick, wenn die Not nicht mehr zu bannen ist.

Falsch ist es aber, wenn die einzelnen Ausschüsse der Angestellten und Arbeiter unter Umgehung der Gewerkschaften eine Abordnung nach der andern an die Nationalversammlung schicken und hier von den einzelnen Fraktionen die Zusicherung verlangen, daß diese oder jene Kategorie Angestellter oder Arbeiter nicht entlassen werden dürfe. Gewiß würde die Nationalversammlung und auch die Fraktionen gerne diese Zusicherung geben, wenn es in ihrer Macht läge, das Versprechen zu halten. Doch die Verhältnisse sind stärker. Ueberdies liegt die Fürsorge für den einen Volksgenossen der Nationalversammlung ebenso sehr am Herzen wie die Fürsorge für jeden anderen Volksgenossen. Eine Bevorzugung hierin kann und darf es nicht geben. Die Sendungen dieser Abordnungen sind deshalb zwecklos und können den gewünschten Erfolg nicht haben. Die gegen die drohende Arbeitslosigkeit zu ergreifenden Maßnahmen sollen für die Allgemeinheit bestimmt sein. Sie sollen allen in Mitleidenschaft gezogenen Volksgenossen zugute kommen. Willi Steintopf.

Der Wiederaufbau des zerstörten Nordfrankreich

Ueber den Stand der Verhandlungen über die Frage des Wiederaufbaus wird von amtlicher Seite ein Bericht verbreitet. Daraus geht hervor, daß erhebliche Meinungsverschiedenheiten der beiden vertragsliebenden Parteien, der deutschen Kommission für Wiederaufbau einerseits, des französischen Ministeriums für Wiederaufbau und der französischen Unternehmer und Arbeiter andererseits zu überwinden waren. Für eine Reihe von Schritten wurden in Versailles Unterkommissionen eingesetzt, deren Beratungen noch nicht beendigt sind.

Sobiel scheint jetzt schon festzustehen, daß die deutsche Regierung, die nach dem Friedensvertrag der Generalunternehmer für denjenigen Teil der Arbeiten ist, der ihm zugewiesen wird, bestimmte Abschnitte im Auftrag erhält. Im Bericht selbst ist über den Umfang dieser Arbeiten noch nichts gesagt, es wird nur darauf hingewiesen, daß es sich wahrscheinlich nur um geringere Teile des gesamten zerstörten Gebietes handeln wird, daß also große einheitliche Pläne zeitens deutscher Architekten oder Organisationen nicht durchgeführt werden können. Belgien, das selbst Ueberfluß an Arbeitskräften hat, bedarf deutscher Arbeitskräfte zum Wiederaufbau nicht. Aber auch Frankreich macht erhebliche Schwierigkeiten. Die französischen Unternehmer wollen die deutsche Konkurrenz zur Erzielung möglichst hoher Gewinne nach Möglichkeit ausschalten. Die französischen Arbeiter ihrerseits sehen in den Wiederaufbauarbeiten eine glänzende Konjunktur für die nächsten Jahre, die sie sich auch nicht entgehen lassen wollen. Da es kameradschaftliche Pflicht der deutschen Arbeiter ist, nicht nach Frankreich zu gehen, wenn dies den Interessen der französischen Arbeiter widerspricht, bedarf es noch weiterer Verhandlungen, um sie zu überzeugen, daß die deutschen Arbeiter nicht als Lohnbrüder auf dem französischen Arbeitsmarkt erscheinen werden.

Sichtlich der Form der Unternehmungen, die mit dem Wiederaufbau betraut werden sollen, wird in dem Bericht gesagt, daß die Reichsregierung keineswegs an dem alten System festhalten wird, sondern daß sie gewillt ist, den Verhältnissen entsprechende Neuerungen zu erproben. Dabei wird vorausgesetzt, daß im Wiederaufbaugebiet die ruhige Arbeit nicht gestört werden darf.

auch Euer Eigentum. Wie würdet Ihr aber von einem Menschen denken, der seinen Hausrat und sein sonstiges Eigentum in Stücke schlägt? Auslachen würdet Ihr ihn oder auch bedauern. Und Ihr hättet keinen anderen Ehrgeiz als albern oder bedauerenswert zu erscheinen? Ich glaube, meine jungen Freunde, solche Fragen sind wahrer Uebelthäter unter Euch heilsamer, als die dumme Drohung mit Stod oder Bittel.

Zumal aber vor der Verführung mit den Gerichten solltet Ihr bewahrt bleiben. Jede gerichtliche Anklage gegen einen Jugendlichen ist ein Armutskennzeichen, das die Gesellschaft sich selbst ausstellt. Wir Großen müssen bedenken, daß wir weit eher mit Güte Euch zu guten Menschen machen werden. Man hat sich zwar in den letzten Jahren rechte Mühe gegeben, die Güte in der ganzen Welt auszurufen, und es fragt sich, wie viel davon noch übrig geblieben ist. Aber wenn wir Eurer armen Jugend gedenken und uns erinnern, welche begnadetes Kindergeschlecht wir einst waren, wird es uns doch vielleicht nicht daran mangeln. An Euch, den Kommenden, haben wir unendlich viel wieder gut zu machen. Die Führer hatten uns in die Irre geleitet. Nun wollen wir uns heilen, daß durch Euch die Menschheit gerettet wird auf dem Weg, der aufwärts führt.

Die elektrische Einheitslokomotive!

Wirtschaftliche Notwendigkeiten werden Deutschland zwingen, zur elektrischen Zugförderung auf allen Staatsbahnen überzugehen. Die neue Betriebsart läßt durch vorzeitige Kraftwirtschaft, Ersparnis an menschlicher Arbeitskraft bedeutende Vorteile gegen den Dampfbetrieb erwarten.

Ueber die Entwicklung der elektrischen Lokomotiven in den letzten Jahren macht Oberbaurat Wittfeld vom Ministerium der öffentlichen Arbeiten im Zentralblatt der Bauverwaltung einige bemerkenswerte Angaben, denen wir folgendes entnehmen. Die elektrischen Lokomotiven sind in den letzten Jahren soweit entwickelt worden, daß sie den schwierigsten Betriebsverhältnissen ohne weiteres angepaßt werden können. Trotzdem wird eine Vereinfachung der Lokomotivformen vorgeschlagen, um die Betriebsfähigkeit zu vergrößern, die Anschaffungskosten zu vermindern, Wartung, Bedienung und betriebliche Unterhaltung sowie das Ausbessern zu erleichtern und die Leistung zu erhöhen. Hierzu soll zunächst auf den Fahrtrahnen zurückgegriffen werden, der dem Stangenantrieb gegenüber wesentliche Vorteile bietet. Außerdem schlägt der Verfasser vor, nur je zwei Grundformen für Güterzüge und Schnell- und Personenzüge zu wählen, die je nach der verlangten Leistung zusammenzubauen. Hieraus ergeben sich wieder eine Reihe von Vorteilen, in der Hauptsache die ungetragene Steigerungsmöglichkeit der Leistung. Die elektrische Einrichtung aller Lokomotiven wird bei allen Lokomotivarten nach Möglichkeit gleichartig, so daß die Bedienung wesentlich vereinfacht wird. Durch diese neuartigen Vorschläge wird die weitere Fortentwicklung der

Aus Gründen der äußeren Politik will man verhindern, daß das Wiederaufbaugebiet zum Tummelplatz innerpolitischer Streitigkeiten über die Frage künftiger Unternehmungsformen gemacht wird.

Vor allen Dingen ist notwendig, daß ein genaues Statut der Arbeitsbedingungen aufgearbeitet wird, und daß eine ganze Reihe anderer Fragen gelöst wird, die augenblicklich noch zur Beratung stehen. Es kommen da in Frage die Wiederaufforstung der Wälder und solcher Gebiete, die nicht mehr zu landwirtschaftlichen Zwecken verwendet werden können, die Wiederherstellung der französischen Bergwerksgebiete in den nördlichen Departements, die Frage des Transports usw. In erster Linie wird es sich ja doch auf die Aufräumungs- und Einbaumarbeiten in den verwüsteten und zerstörten Gegenden handeln.

Die ganze Angelegenheit ist also noch in dem Stadium der Vorbereitungen und wird erst, nachdem diese abgeschlossen sind und nachdem ein Wiederaufbau-Kommittar mit der Leitung und Organisation der Arbeiten betraut worden ist, greifbare Formen annehmen. Daß dabei auch die Arbeiter zu Rate gezogen werden, dafür ist ja bereits gesorgt, indem Arbeitervertreter in die Wiederaufbau-Kommission hineingewählt worden sind. Ihre Aufgabe wird es sein, zu verhindern, daß das Unternehmen des Wiederaufbaus, ähnlich wie einstmal die Kriegslieferungen, zu einem glänzenden Geschäft für Privatkapitalisten werden wird. Die Arbeiter, die sich an dem Wiederaufbau beteiligen wollen, werden gut daran tun, sich rechtzeitig so zu organisieren, daß das Privatkapital für weite Gebiete des Wiederaufbaus so gut wie ganz ausgeschaltet wird. Die für innerdeutsche Zwecke bereits gegründeten gemeinnützigen Bau- und Betriebsgenossenschaften bieten dafür ein geeignetes Vorbild. Ein rechtzeitigtrafter Zusammenschluß der Arbeiter, die ihre Aufgabe ernst nehmen, wird viel dazu beitragen, um die Bedenken zu zerstreuen, welche gegen die Einführung einer sozialistisch orientierten Betriebsweise bestehen, wenn das Auftreten von Elementen befürchtet werden muß, die aus dem Wiederaufbau politisches Kapital schlagen wollen.

Deutsche Note über die Räumung Lettlands.

Die deutsche Regierung hat an die Entente eine Note über die Räumung Lettlands gerichtet. Sie wehrt sich darin gegen den Vorwurf, daß die Räumung Lettlands absichtlich verzögert werde. Die Räumung ist seit dem 10. Juli nach dem Plane, der in einer Besprechung zwischen dem General Grafen Goltz und dem General Gough festgelegt worden ist, fortgeschritten worden. Die Forderung der Entente auf Abberufung des Generals Grafen Goltz wird als ein Eingriff in die deutsche Kommandogewalt abgelehnt. Im übrigen weist die Note darauf hin, daß die Räumung Lettlands bereits begonnen hat und so schnell als möglich fortgesetzt wird. Der von der Entente geforderte Abtransport der Truppen auf dem Seewege wird von der deutschen Regierung für undurchführbar gehalten und zwar besonders wegen der acerbaten Stimmung der Truppen gegen die lettische Regierung. Besonntlich hat die Regierung Umanis das Versprechen auf Gewährung von Siedlungsland, das den Truppen als Belohnung für ihr Ausdauern gegen den Bolschewismus versprochen worden ist, nicht eingelöst. Die deutsche Regierung warnt davor, die bereits vorhandenen Streitigkeiten nicht noch zu vergrößern, verspricht aber, die Räumung zu beschleunigen.

Bethmann zum Hindenburgbrief.

Auf unsere Anfrage bei dem früheren Reichskanzler, ob er sich zu dem in der Presse veröffentlichten Schreiben des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg an den Prinzen Max von Baden in Sachen des U-Bootkrieges zu äußern gedente, teilt uns Herr v. Bethmann-Hollweg mit, daß er seiner Zeit auf Erläutern der Reichsregierung zu diesem Schreiben ausführlich Stellung genommen habe. Er werde seine damalige Äußerung, die allerdings in wesentlichen Punkten zu abweichenden Ergebnissen führt, bei einer zusammenhängenden Darstellung des U-Bootkrieges und einer Vorgeschichte bekannt geben.

Notizen.

Die medizinische Fakultät gegen die Professur Friedmann. Wie die „Deutsche medizinische Wochenschrift“ mitteilt, ist die Berliner medizinische Fakultät zwar vor der Ernennung Friedmanns befragt worden, kam aber mit ihrem Gutachten zu spät. Die Fakultät machte geltend, daß weder die wissenschaftliche Arbeit des Herrn Friedmann die Annahme auf eine Professur begründe, noch der Wert seines Verhältnisses so weit sicher gestellt sei, daß er zum Gegenstand eines Lehrauftrags geeignet sei.

Unwisslos haben die Fakultäten manchmal unfortwährende Beschwerden, mit denen sie unliebame Neuerer und Unheilerer fernhalten. Der Minister tut gut daran, in solchen Fällen über die Köpfe der Fakultät hinweg zu handeln. Prof. Friedmann wird jetzt freilich zu erweisen haben, daß der Minister im Recht war.

Der Berliner Volks-Chor wiederholt in Gemeinschaft mit dem Männerchor Widie-Georgina am 28. 30. August und 2. September in der Philharmonie „Raute-Verdammung“ von Helmer Wertheim, Leitung Dr. Ernst Amber.

Witt. Kapellmeister Gah veranstaltet mit dem Blüthner-Orchester eine Anzahl Sonderkonzerte im Lehrer-Vereinshaus. Das erste Konzert findet am 8. September statt.

Theaterchronik. Am 18. August findet im Waldtheater die 50. Aufführung des sozialistischen Dramas „Das Gefecht“ von Paul Voder statt. Infolge der außergewöhnlichen Nachfrage ist für den Monat September das Waldtheater gepachtet worden, wo das Drama weiter in Szene geht.

Eine Bedekind-Uraufführung. Das Münchner Nationaltheater bringt am 1. September Franz Bedekinds „Gerakles“ zur Aufführung.

Zeitlosse. Der Direktor der Strafanstalt Lam Heide, übermüdet zum Dämmerstücken. Er litt an Spasmoden; man hatte die ihm anvertrauten Wäber befreit. „Es müssen fürchterliche Augenblicke gewesen sein.“ sagte Professor Liebig mitfühlend. „Ja,“ stimmte der Direktor; „aber das wird Ende sein erst; heute den ganzen Tag über der Ansturm der Massen! Es war nervenzerreißend; Alles kommt, die leeren Räume zu mieta.“ („Jugend.“)

Die ersten Friedensmarken sind jetzt von der Schweiz und von Japan ausgegeben worden. In den Zeichnungen kommt der Anloß sehr deutlich zum Ausdruck. Der Entwurf der Schweizer 10-Centimes-Marke zeigt eine den Holzweg über die Welt ausbreitende symbolische Figur des Friedens. Eine andere dieser Schweizer Friedensmarken zeigt einen sterbenden Gladiateur, der eine Vision des Friedens vor sich sieht. Auf der dritten Marke schütteln sich zwei Soldaten auf einem Schlachtfeld die Hand. Auf den japanischen Friedensmarken ist eine Taube in verschiedener künstlerischer Ausgestaltung zu sehen. Auch die Republik von San Marino wird demnächst Friedensmarken ausgeben.

Glaube an die Jugend.

Von H. M. Beder.

Alle Leute pflegen oft und gern zu erzählen, daß zu ihrer Zeit die Jugend gestitteter gewesen sei als heutzutage. Die Jugend aber ist solchen Darlegungen gegenüber zweifelnd. Man kann dieses Verhalten der Jugend vielleicht gerade als einen Beleg der Verrohungstheorie registrieren. Aber man kann auch darauf hinweisen, daß belagte alte Leute, als sie noch keine alten Leute, sondern Jugend waren, den Klagen der damaligen alten Leute über die Verwahrlosung belagter Jugend ebenso zweifelnd gegenüber gestanden haben. Die Verrohungstheorie ist einer der viel zitierten roten Häden, und dieser Häden wird von der einen absterbenden Generation zur andern fortgesponnen. Das Bekennen zur Verrohungstheorie ist vielleicht die untrügliche Sensitivitätserscheinung; in dem Augenblick, wo einer sich nicht mehr der eigenen Jugendkreise entsinnt, ist er ein alter Mann. Gewiß, es gibt noch Musterknaben, die musterhafter garnicht mehr werden können. Aber das beweist doch eben nur, daß es auch im schulpflichtigen Alter schon alte Männer gibt.

Nun aber hat der Standpunkt der alten Leute durch den Krieg einige Veredlung bekommen. Und zwar in allen Ländern. Meine jungen Freunde, wollt Ihr nicht, daß das wenigstens jetzt nach Friedensschluss recht bald wieder anders wird? Nun ja, es liegt auf der Hand, wen letzten Endes die Schuld trifft, wenn Unruh und Able Streife unter der Jugend immer mehr um sich greifen. Jene Herrschaften trifft sie, die zwar schon in den Windein Musterknaben, aber dennoch oder auch gerade deshalb den Dummenjungenreich des Krieges auf dem Gewissen haben.

Daß dieser Krieg den Jugendstriebe bei Euch gefördert hat, ist kein Wunder. Verwunderlich ist es nur, daß viele Leute die Revolution und einzig die Revolution für die Verwahrlosung verantwortlich machen wollen. Was doch die Revolution nicht alles auf dem Gewissen haben soll! Ich würde mich nicht wundern, wenn nächstens einer beweisen wollte, daß der Krieg aus der Revolution entstanden sei!

Rein, wer all die Jahre hindurch die Augen offengehalten hat, weiß, daß der Krieg die Ursache des ungezügelteren Verrohungstriebes ist. Und wie weit dieser Krieg Wacht über Euch hat, dafür sind die öffentlichen Klagen wohl überall ein Beweis. Werkwürdig nur, wie sehr Ihr Wert darauf legt, Euch selbst um ein Stübchen Lebensfreude zu bringen! Denn wir müssen uns einmal klar machen: wer dem Verrohungstrieb nachgibt, macht dadurch jedesmal sich selbst ärmer. Weht aus den Sträuchern der Aniazen Kiste und Zweige, so habt Ihr im nächsten Jahr genau dieselbe Einbuße an Wästen wie Eure Volksgenossen. Und auf einer Bank, die Ihr zertrümmert, könnt Ihr fortan ebenso wenig sitzen wie jene. Die Anlagen sind mit alldem Schmutz an Wästen, Sträuchern und Rasenflächen doch

Regierung und Kriegsgefangene.

Ein Schreiben des Reichspräsidenten.

Auf den offenen Brief des Bundes deutscher Frauen zur Befreiung der Gefangenen an den Reichspräsidenten Ebert hat der Herr Präsident mit folgendem Schreiben geantwortet: Schwarzburg, den 15. August 1919. Der an mich gerichtete offene Brief wegen der Freilassung unserer Kriegsgefangenen ist zu meiner Kenntnis gekommen. Daß die deutsche Regierung mit allen Mitteln bemüht ist, eine baldige Freilassung unserer Gefangenen zu erzielen, werden Sie aus den künftigen Ausführungen des Reichsministers des Auswärtigen in der Nationalversammlung erfahren haben. Die deutschen Frauen dürfen überzeugt sein, daß auch ich mein Herz an diese Sache hängt und die Regierung nach Kräften in ihrem Vorgehen bekräftigt habe.

Wir haben zwar bisher den gewünschten Erfolg in dieser Frage der einfachen Menschlichkeit nicht erreicht, das wird uns jedoch nicht abhalten, auch weiter auf unserem Verlangen zu beharren.

Dem in dem offenen Briefe ausgesprochenen Wunsch nach einem Vorgehen meinerseits glaube ich nicht besser entsprechen zu können, als daß ich den Brief, dessen Worte in eindringlicher und unmittelbarer Weise das elementare Recht der Angehörigen auf Wiedergabe ihrer unbarmherzig zurückgehaltenen Lieben zum Ausdruck bringen, durch Funkspruch aller Welt, der Entente und den neutralen Regierungen zur Kenntnis gebe.

ges. Ebert.

Verirrungsarbeit des Rumpfvollzugsrats.

Eigenmächtige Ausschreibung von Wahlen.

Der Vollzugsrat der Unabhängigen und Kommunisten hat ein sogenanntes Wahlreglement für Groß-Berlin erlassen lassen und Maßnahmen zur Aufstellung von Wählerlisten zu neuen Arbeiterwahlen getroffen. Es werden bestimmte Meldestellen angeordnet, denen die Arbeiterräte und sonstigen Vertrauensleute die Liste der in den Betrieben Beschäftigten einreichen sollen. Einzelne Wahlberechtigzte, die nicht kollektiv erfasst werden, sollen sich persönlich melden. Daß auf diese Weise nichts anderes zustande kommen kann und zustande kommen soll als ein systematischer Wahlschraub an allen nicht unabhängigen und nicht kommunistischen Elementen, ist klar.

Der Rumpfvollzugsrat, der nicht im Auftrag der Berliner Gesamtarbeiterschaft, sondern nur zweier Parteigruppen handelt, setzt sich mit seinem Vorgehen sowohl über die allgemeine Volksvertretung hinweg, die eben daran geht, das Betriebsratswesen gesetzlich zu ordnen, als auch über den Zentralrat, der vom zweiten Rätekongreß mit der Ausarbeitung eines Wahlreglements beauftragt ist. Wenn jeder auf eigene Faust vorgeht, würde es in jedem Betrieb dreierlei Arbeiterräte geben: 1. die vom unabhängigen-kommunistischen Rumpfvollzugsrat eingeführten, 2. die auf Grund des Zentralratsreglements gewählten und 3. schließlich die auf Grund des Gesetzes gewählten mit gesetzlichen Funktionen versehenen Betriebsräte. Das ganze Rätewesen, für das sich die Unabhängigen und Kommunisten angeblich so lebhaft einsetzen, würde dadurch zur Farce.

Dem Rumpfvollzugsrat kommt es nun freilich nicht darauf an, das wirtschaftliche Rätewesen auf gesunde und vernünftige Grundlagen zu stellen, sondern nur darauf, immer mehr Verwirrung und Zersplitterung in die Arbeiterschaft zu tragen, um dann über dem so geschaffenen Chaos die eigene Parteiberrschschaft aufzurichten. Im Interesse der Klarheit ist es notwendig festzustellen, daß die Arbeiterwahlen, die der Rumpfvollzugsrat vornehmen will, nichts anderes sein können als das Privatunternehmen einiger Privatpersonen und daß aus ihnen keine berufene Vertretung der Arbeiterschaft hervorgehen kann.

Der Zentralrat und der Vollzugsrat der S. V. D.-Arbeiter werden jedenfalls noch zu diesem Unternehmen Stellung nehmen, wir können uns aber nicht denken, daß sie zu einer anderen Auffassung kommen könnten als wir.

Die Hüter der Revolution.

Die „Freiheit“ tritt in der von ihr aufgeworfenen Frage „Reichstag oder Nationalversammlung“ den Rückzug an. Sie hat sich überzeugen müssen, daß kein Mensch daran gedacht hat, der Nationalversammlung mit der Benennung als Reichstag etwa die vierjährige Legislaturperiode zuzulegen. Die Nationalversammlung wird aufgelöst, sobald das aus inneren gesetzgeberischen Gründen möglich ist. Die Unabhängigen können dann zeigen, wie viele Anhänger ihnen noch der Flucht ins kommunistische Lager noch geblieben sind.

Die unabhängige Anklage gegen die „konterrevolutionäre“ Sozialdemokratie ist also wie eine Seifenblase geplatzt. Das ist ärgerlich. Den Kerger läßt die „Freiheit“ am „Vorwärts“ aus. Wir hatten die Unabhängigen daran erinnert, daß ihnen im Winter die Wahlen viel zu früh kamen und daß sie ihnen jetzt nicht schnell genug beschert werden könnten. Darauf antwortet die „Freiheit“:

Im Winter sollte die schnelle Einberufung der Nationalversammlung das Mittel sein, um die revolutionären Errungenschaften der Arbeiter zu vernichten und die Konterrevolution zu stabilisieren. Darum mühte das Proletariat zu verhindern, daß die Nationalversammlung zusammentrat, bevor die revolutionären Errungenschaften gesichert waren.

Die Führer der Sozialdemokratie wollten die Wahlen für Mitte Dezember angelegt wissen. Die Führer der Unabhängigen haben das verhindert. Sie wollten die Wahl bis in den April oder gar noch länger hinauszögern. Es bedurfte des Beschlusses des ersten Rätekongresses, um die Befragung des Volkes für den 19. Januar anzusetzen.

Wäre um die Mitte des Dezember gewählt worden, so unterliege es gar keinem Zweifel, daß die Nationalversammlung dann eine glatte sozialdemokratische Mehrheit erhalten hätte. Auch ohne die unabhängigen Mandate. Das haben die unabhängigen Führer durch ihren Widerstand verhindert. Damit haben sie, soweit es an ihnen lag, die revolutionären Errungenschaften gemindert und die Konterrevolution stabilisiert.

Selbst bei den Januarwahlen würde die Sozialdemokratie noch eine Mehrheit erhalten haben, wenn die Unabhängigen nicht die dazwischen liegenden fünf Wochen zum gefährlichsten Bruderkrieg benutzt hätten. Wenn die Sozialdemokratie infolgedessen im Parlament auf die Koalition mit bürgerlichen Parteien angewiesen ist — die Unabhängigen haben die ihnen entgegengetriebene Hand ja zurückgestoßen — so trifft dafür die unabhängigen Führer alle in die Schuld. Sie sind es, die seitdem die revolutionären Errungenschaften vernichten und die Konterrevolution stabil-

isieren. Und die „Freiheit“ blüht täglich zweimal bei diesem sauberen Werke.

Die „Freiheit“ zitiert entzückt einen Satz aus Erzbergers Rede vom Donnerstag: Es müsse einmal darauf hingewiesen werden, welche Mühe sich der jetzige Reichspräsident gegeben habe, den Ausbruch der Revolution zu verhindern. Und sie meint, dieser Satz bedürfe der Ergänzung. Nicht nur Ebert, sondern alle seine Genossen hätten dergleichen getan, um „den Bestand der alten Gewalten zu sichern“. Eine Ergänzung dieses „Freiheit“-Sätzchens ist allerdings notwendig. Als nämlich die Unabhängigen den etwas unebenen Satz Erzbergers mit einem „Hört! Hört!“ bejubelten, fügte der Redner sofort erklärend hinzu: „An der Vermittlung von Blutvergießen trägt der Herr Reichspräsident das Hauptverbrechen.“

Damit ist klar gestellt, was Erzberger wirklich sagen wollte und was ohnedies längst bekannt ist, daß Ebert im November 1918 mit Erfolg für einen gewaltlosen Vollzug der politischen Umwälzung gewirkt hat. Und daselbe haben auch „die Scheidemann, Roske usw.“ getan und damit haben sie, wer weiß wie vielen Tausenden von Arbeitern das Leben gerettet. Den Bestand der alten Gewalt aber haben sie so „gesichert“, daß sie diese Gewalt daran hinderten, sich der Kanonen und Maschinengewehre zu bedienen, die ihr damals noch in ungeheurer Masse zur Verfügung standen. Sie setzten das Schießverbot durch, entwaffneten damit die alten Machthaber und verhinderten, daß Berlin in Blut ertrank. Beim Schießverbot blieb es dann auch, bis durch den Spartakistenwahnsinn seine Aufhebung erzwungen wurde.

Eine handrechtliche Erschießung.

Die handrechtliche Erschießung eines vermeintlichen Spartakisten hatte am Freitag vor dem Gericht der Reichswehrbrigade 8 in Potsdam eine Anklage zur Folge, die dem 24-jährigen Leutnant und Adjutanten Hermann Baum die vorläufige Lösung eines Mordes zum Vorwurf machte. Wie in der Anklageschrift hervorgehoben wurde, ließ der Leutnant Baum am 12. März d. J. während der Lichtenberger Unruhen den 40 Jahre alten Zigarrenhändler Johann Müller aus der Remeler Str. 19 erschließen, ohne denselben mit der Waffe in der Hand angetroffen zu haben.

Leutnant Baum gehörte zum Detachement v. Grothe und war Adjutant der Pionierabteilung Berlin. Die Abteilung hatte den Befehl, die Warschauer Straße und Warschauer Brücke von Spartakisten zu säubern. Sie war im Kaffee Komet an der Kopenickstraße einquartiert. Bei einer nächtlichen Runde, die durch Feuerüberfälle aus den Häusern auf die Regierungstruppen geführt wurde, trat ein bis heute unbekannt gebliebener, etwa 30-jähriger Mann, der einen blauen Ausweis des Reichswehrministers trug, nach der Angabe des Angeklagten auf ihn zu und sagte: „Herr Leutnant, leib der Zigarrenhändler Müller noch? Wenn Sie den kriegern, erschließen Sie ihn, den habe ich zweimal hinter den Barsaden gesehen.“ Der Angeklagte Baum erkundigte sich bei dem Fremden, ob er den Müller mit der Waffe gesehen habe. Der Fremde erwiderte darauf: „Ich habe Familie, Herr Leutnant, mehr kann ich nicht sagen.“ Der Unbekannte entzante sich.

Am Morgen des 12. März drang die Patrouille des Leutnants Baum bis zur Schankwirtschaft, die sich im Hause Remeler Straße 19 befindet, vor. Der Wirtin wurde vom Angeklagten erklärt: „Wir müssen Ihr Haus in Trümmer schießen, wenn Sie uns nicht angeben, wer aus Ihrem Hause geschossen hat!“ Nach vielem Hörgern erklärte die Frau: „Dann gehen Sie zum Zigarrenhändler Müller!“

Der Angeklagte begab sich nun mit 10 Mann in das Zigarrengehöft. Er traf Frau Müller an und verlangte, ihren Mann herbeizurufen. Müller war gerade beim Kaffeetrinken und kam mit eingeseiftem Gesicht aus dem Hinterzimmer. Der Angeklagte untersuchte ihn bis auf den Kopf und nahm dann eine Durchsuchung der Wohnung vor. Es wurden weder Waffen noch Munition gefunden, dagegen brachte man acht Strafenpläne von Berlin, einen Ausweis des Polizeipräsidenten Eichhorn (unterschieden von Braun), eine Mitgliedskarte der S. V. D. 140 Straßburg: Was will Spartakus? und ein eingestelltes Fernglas zum Vorschein.

Der Angeklagte wandte sich mit folgenden Worten an Müller: „Sie ogillieren ja für Unabhängige, Sie haben 8 Kartons mit verdächtigen Punkten. Ich habe von anderen gehört, Sie haben auf uns geschossen. Verabschieden Sie sich von Ihrer Frau. Es ist meine Pflicht, Sie jetzt zu erschließen!“

Die Frau und Tochter schrien laut auf und brachen in Tränen aus. Leutnant Baum erblühte in dem stillschweigenden Verharren des Müller ein Schuldbekenntnis und hielt sich zur Vollziehung des handrechtlichen Urteils für berechtigt. Auf das andauernde Schreien des Müller bemerkte der Angeklagte nach eigener Angabe: „Wenn Sie die Wahrheit sagen, daß Sie Spartakus sind, kann ich die sofortige Erschießung abweisen.“ Müller entgegnete nichts. Der Angeklagte ließ dem Müller nur 3 Minuten Zeit. Dann wurde Müller auf den Hof geführt und dabei soll er lächelnd gesagt haben: „Man kommt so rein und ist mitten drin!“

Müller verrieth ein Gebet, wurde dann an die Wand gestellt und 6 Mann schossen auf ihn. Müller brach zusammen. Ein Sanitäter sollte sich von der Vollstreckung des Todesurteils überzeugen und die Leiche wegchaffen. Der Sanitäter fand den Müller noch lebend. Auf Befehl des Angeklagten gab der zur Patrouille gehörende russische Schüler Alexander Köhler dem W. den Gnadenschuß.

Leutnant Ebert, Anteroffizier Bernide und der Köhler bestätigten die Angaben des Angeklagten. Drei weitere militärische Zeugen waren nicht erschienen, da sie vor acht Tagen von der Truppe entlassen waren. Ein Zeuge erklärte auf Verlangen des Anklagevertreeters, er noch seiner Auffassung über das Verhalten des Müller denselben hätte erschließen lassen: „Rein, ich hätte ihn erst zu meinem Vorgesetzten gebracht.“

Da das Gericht Bedenken trug, die Auslegung des Schießverlasses ohne weiteres für richtig anzusehen, weil man Müller nicht als Kämpfer mit der Waffe angetroffen hatte, wurde die Verhandlung vertagt und beschlossen, den Reichswehrminister Roske, die Ehefrau und Tochter des Müller und den fremden Mann mit dem Ausweis zur nächsten Verhandlung zu laden.

Unabhängige und Kommunisten.

In der „kommunistischen Arbeiterzeitung“ Hamburg wird den Unabhängigen von ihren links von ihnen stehenden Brüdern wieder einmal beschönigt, was für politische Abenteuer die Unabhängigen eigentlich sind:

„Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei gibt vor, sowohl für die Ziele der Sozialdemokratischen Partei als auch für die Ziele der Kommunisten zu kämpfen. Sie kämpft in Wahrheit mit erbotenerm Kriegsgerät für die Sammlung der Arbeiter unter ihrer Parteiführung zur Fällung ihrer Parteiforderungen. Sie hat keinerlei Prinzipien irgendwelcher Art; der politische Kampf ist ihr nichts als Mittel zum Mitgliederfang. Im wirtschaftlichen Kampf hält sie sich an den alten Gewerkschaften und unterscheidet sich infolgedessen in keiner Weise von der Sozialdemokratischen Partei — außer durch ihre Raubbau- und Verlogenheit. Die bürgerliche Form der Kritik, mit der sie die jetzigen Machthaber im Staate überfällt, ist wie ihr ganzes revolutionäres Geistesbild nichts als der Dummantel, hinter dem sich ihre geistige Hohlheit und Unfruchtbarkeit, die konterrevolutionären Tendenzen ihres Kampfes um die Arbeiter, jenseit, verbergen. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei ist der gefährlichste Feind des revolutionären Proletariats, weil sie der unehrlichste, demagogische und skrupelloseste ist.“

Dazu bemerkt unser Abbecker Parteiorgan:

Diese liebenswürdige Charakterisierung wird sich die U. S. P. D. nicht hinter den Spiegel stecken. Aber gegen die Kommunisten vorzugehen, wird die U. S. P. D. auch nicht wagen. Ist sie doch ganz und gar auf die Kommunisten, die ihr tagtäglich Scharen von Mitgliedern ausspannen, angewiesen. Die U. S. P. D. muß kommunistische Politik treiben, ob sie will oder nicht. Sonst hat sie bald gar keine Mitglieder mehr. So „übersteht“ diese Partei und ihre Presse geflissentlich die kommunistischen Kennzeichnungen und läßt sich, ohne zu mühen, nach allen Regeln der Kunst verbläuen. Nur aus Existenzgründen.

Zentrum und Sozialdemokratie.

Die „Deutsche Tageszeitung“ greift aus einer Versammlung, die in Neuruppin am 9. August stattgefunden hat, folgende Äußerung eines sozialdemokratischen Redners, des Genossen Peilmann, aus:

„Die enge Verbindung mit dem Zentrum, die diesen Genossen ein Dorn im Auge sei, müsse man unter dem Gesichtspunkte betrachten, daß man das Zentrum einzuweisen nicht entbehren könne, weil die Lage in Oberschlesien nicht geklärt sei. Wenn man das Zentrum nicht mehr brauche, werde man es laufen lassen.“

Genosse Peilmann hat noch viel mehr gesagt. Er hat zunächst ausnahmsweise, daß die Rätebildung für Deutschland unmöglich und unsinnig wäre und daß wir von sozialdemokratischer, demokratisch-demokratisch und selbst regieren müßten. Im letzten wäre nun der Sozialdemokratie, wenn sie allein die Mehrheit in der Nationalversammlung hätte; aber das hätten die Unabhängigen durch ihre Verweigerung der Wahl und ihre Partei erreicht. Also brauche man eine Koalitionsmehrheit; ohne eine solche wäre z. B. der Friede abgelehnt worden.

Für die Annahme des Beschlusses für die Deutschhaltung Oberschlesiens und des Westfalens, für die neuen Steuern und Sozialgesetze brauchen wir eine Mehrheit mit dem Zentrum. Für andere Fragen, z. B. Kulturfragen, liegt sich eine Mehrheit mit den Sozialisten gegen das Zentrum denken. Bei der Verfassung hätten wir die Mehrheit mit Zentrum und Demokraten gebildet. Jedoch seien diese Mehrheitspositionen keine Heiraten auf Lebenszeit, sondern vorübergehende Zweckgemeinschaften, die sich je nach den Umständen ändern und begrenzt wären auf die Erfüllung bestimmter gesetzgeberischer Aufgaben.

Wenn die „Deutsche Tageszeitung“ glaubt, mit ihrer Veröffentlichung irgend etwas zu enthüllen, so täuscht sie sich. So und nicht anders sind die Koalitionsgespräche von allen beteiligten Parteien stets aufgefächert worden.

Italienische Kabinettskrise.

Weslonsford, 13. August. Infolge der Weigerung des Generals Manerheim, den Oberbefehl zu übernehmen, sind Staatsminister Cossiga und die Minister Soederholm, Rof-Schroder, Ramsay und Baldo zu zurückgetreten. Mit der Bildung des neuen Kabinetts ist der bisherige Finanzminister Bennolet beauftragt worden. Ob außer den Angehörigen der Mittelparteien auch die Sozialdemokraten in die neue Regierung eintreten werden, ist noch unentschieden.

Italienisches Kriegsschiff gesunken.

Amsterdam, 13. August. Das italienische Kriegsschiff „Basilicata“ am Eingange des Kanals infolge Kesselsplation gesunken ist. Die Verluste an Menschenleben sind erheblich.

Nationalversammlung.

(Schluß aus der Vorgabe.)

Abg. Vogler (D. Sp.): Vielleicht empfiehlt es sich, der Arbeiterschaft jeden zweiten Sonnabend nachlässig frei zu geben, dafür aber wieder acht Stunden zu arbeiten. Das ergäbe vierundzwanzig Wochenstunden statt der jetzigen zweiundzwanzig. Gleichzeitig aber bedeutet es eine Vermehrung der wirtschlichen Arbeitszeit um 3/4 Stunden oder eine Rechtsänderung von 9 bis 10 Millionen Tonnen jährlich. Wir räumen die dringende Aufforderung an die Regierung, alles aufzubieten, um die Kohlenproduktion und die Leistungsfähigkeit der Eisenbahnen zu erhöhen, um so ein nationales Unglück zu verhindern.

Reichswirtschaftsminister Schmidt: In meinem Ministerium sind bereits Vorarbeiten im Gange, um einen Reichswirtschaftsrat auf ganz freier Grundlage vorläufig ohne Inanspruchnahme der Gesetzgebung zu schaffen.

Abg. Roenen (U. Soz.): Es muß schon um die Zahl der Arbeitstagen, die nächsten 3 Millionen betragen wird, zu bedächtigen, schleunigst an eine Umorganisation des Wirtschaftens im Sinne des Sozialismus gegangen werden. Wenn Organisationsarbeit erstreift, waren wir es, die auf seinen Abbau hingewirkt haben. Wo ist die Amnestie für die politischen Gefangenen? Auch beim Kalkarbeitsstreik hat die Regierung sich nicht bemüht, den Streik durch Verhandlungen zur Schlichtung beizulegen.

Reichsminister Schilde: Ich habe mit einer Kommission der Kalkarbeiter verhandelt, konnte ihnen dabei allerdings keinen anderen Rat geben, als sich an den bestehenden Tarifvertrag zu halten. Die Kalkarbeiter traten darauf in den Streik und verlangten nun abermals von mir Verhandlungen; das habe ich allerdings abgelehnt.

Abg. Mumm (Dnat. Rp.) spricht seine Befriedigung aus, daß sich angesichts der drohenden Katastrophe eine Front von Eugen Berg über Imbusch bis zu Duce — abzulesen natürlich von den Unabhängigen — zu bilden im Begriff sei.

Abg. Bessler (Soz.): Der Abgeordnete Roenen hat zugegeben, daß im kommenden Winter drei Millionen Arbeiter arbeitslos werden können. Das hat ihn nicht gehindert, die Braunkohlenarbeiter mit wahrheitswidrigen Berichten in den Streik zu leiten.

In dem zu der Entschädigung vorgelegten Antrag der Unabhängigen sind die ober-schlesischen Forderungen niedergelegt. Abg. Roenen (U. Soz.) weist die gegen ihn erhobenen Vorwürfe als unbegründet zurück.

Damit schließt die Besprechung. Der Gesetzentwurf über die Regelung der Kohlenwirtschaft wird in allen drei Beratungen angenommen. Die Entschädigung Dobe-Gue wird unter Ablehnung von Abänderungsträgern der Unabhängigen angenommen, desgleichen eine Entschädigung der Reichsparteien, wonach die Nationalversammlung an die Regierung und an alle Beteiligten im Falle die dringende Aufforderung richtet, alles aufzubieten, um eine Erhöhung der Förderung im deutschen Kohlenbergbau und der Leistungsfähigkeit der Eisenbahnen bis zur äußersten Grenze sowie die Ueberung größter Sparfakt im Verbrauch der Brennstoffe herbeizuführen.

Nächste Sitzung Sonnabend 8 Uhr. Dritte Beratung der Kriegsabgaben und der Steuerbefragungen. Schluß 9,40 Uhr.

Gewerkschaftsbewegung

Nach den gescheiterten Tarifverhandlungen in der Berliner Metallindustrie.

Die unter dem Vorsitz des Regierungsrats Dr. Hausmann im Reichsarbeitsministerium geführten Verhandlungen wegen eines neuen Lohnabkommens für gewerbliche Arbeiter der Berliner Metallindustrie haben, wie wir gemeldet, leider zu einem Ergebnis nicht geführt. Um aber das letzte Mittel zur Vermeidung eines Lohnkampfes nicht unterlassen zu lassen, machte der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums den Vorschlag, daß nunmehr gemäß §§ 22 Abs. 2 der Verordnung vom 28. Dezember 1918 über Tarifverträge und Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten ein Schlichtungsausschuß beim Reichsarbeitsministerium einberufen wird, der über die Streitfragen entscheiden soll. Da beide Parteien sich mit diesem Vorschlag einverstanden erklärten, werden demnächst die Verhandlungen vor diesem Ausschuss beginnen.

Die Tarifverhandlungen im Baugewerbe.

Die am 12. und 13. d. M. im Reichsarbeitsministerium unter Leitung des Regierungsrats Dr. Hausmann stattgefundenen, sind nach langwierigen Erörterungen zum Abschluß gekommen. Sie hatten als Ergebnis, daß sich die Parteien darüber geeinigt haben, im Baugewerbe über die Gewährung von Feuerungszulagen in örtliche Verhandlungen einzutreten. Die der Höhe nach unrichtigen Feuerungszulagen sollen nach den örtlichen Feuerungsverhältnissen neu festgesetzt werden. Es ist zu hoffen, daß die örtlichen Verhandlungen in ihrer Einigung nicht scheitern, so daß das Haupttarifamt über die Höhe entscheiden. Bis zu dieser Entscheidung sind Streikmaßnahmen unzulässig.

Zu einer interessanten Auseinandersetzung

über das Thema: Die verschiedenen Richtungen im Sozialismus kam es in einer in den Sophienkassen tagenden Angehörtenversammlung der K. D. D., Brunnentstraße. Der Referent über dieses Thema, Däumig, warf den Rechtssozialisten vor, an der Abschaffung der Demokratie zu denken, das Erfurter Programm hätte keine besondere Bedeutung, da auch Parteiprogramme kein Rechtsmittel seien. An Stelle der formalen Demokratie will er die proletarische Demokratie durch das Räteystem setzen. An dem Vertriebsstrategieprogramm der Regierung lieg ihm ein gutes Haar. Beachtenswert war, daß Däumig zwar jeden Dualismus verwarf, aber seinen Konflikt zwischen dem Klassenkampf und der Demokratie, als einziger Dualismus anerkannte. Er wandte sich für die K. D. D. in äußerst wirksamer Weise gegen Däumig der Genossenschaft an. Er betonte mit allem Nachdruck, daß die Diktatur des Proletariats getreu dem Verständnis Marx', Engels' und Liebknechts nur auf dem Wege der Demokratie zu erreichen sei und daß die Möglichkeit, die Diktatur auf diesem Wege heranzuführen, durch die Unmöglichkeit des deutschen Proletariats durch die Schuld der Führer der K. D. D. vernichtet worden sei. Er wies auch darauf hin, daß, wo auch immer der politische Wille vorhanden ist, die Praxis umgesetzt werden sei, das Proletariat seine Befreiung finde. Wendenverhältnisse erfahren habe. Der langanhaltende Verfall dem, daß die Versammlung durchaus nicht von dem Siege des Proletariats durch die Rätebildung überzeugt war. Däumigs Ausführungen im Schlußwort waren tendenziös, der ihm gewollte Verfall galt mehr der Achtung vor dem Menschen Däumig als vor der von ihm verfolgten Idee.

Regierungsbaumeister als Volkshüter?

Eine eigenartige Begründung für die Ablehnung einer geforderten Gehaltssteigerung gibt, wie die „Techniker-Zeitung“ berichtet, der Vorstand des Militärbaumeister III in Danzig. Ein Kollege hatte dort um eine Gehaltssteigerung von 880 auf 1000 M. gebittet. Der Herr Bauamtsvorstand lehnte diese Forderung mit der Begründung ab, daß eine derartig hohe Gehaltssteigerung einem Techniker grundsätzlich nicht gewährt werden kann, schon in Rücksicht darauf, daß ein Regierungsbaumeister bestimmungsgemäß beträchtlich weniger erhält. Ferner heißt es in seiner ablehnenden Begründung: Sollten sich die Techniker abnorm in mit ihren derzeitigen Gehältern bei der Militärverwaltung nicht begnügen können, so schickt das Bauamt vor, sie zu entlassen und an ihre Stelle junge Regierungsbaumeister einzustellen, die bestimmungsgemäß meist niedrigere Gehälter beziehen und dennoch diese Stellen der Beschäftigungsfähigkeit vorziehen werden. Die müssen es den jüngeren Regierungsbaumeistern selbst überlassen, sich mit diesen Anforderungen des Bauamts einig zu geben, der ihnen die Rolle von Behördlichen gegenüber den Technikern zuweilen aufeinanderzusetzen. Wir hoffen, daß von dieser Seite dem Bauamt die gebührende Antwort gegeben werden wird. Aber gegen die Behauptung werden wir uns, daß derartig hohe Gehälter grundsätzlich einem Techniker nicht gewährt werden können. Ein Gehalt von 1000 M. für einen selbständig arbeitenden Techniker ist bei den heutigen Lebensverhältnissen und dem Stande

der Löhne eher noch zu niedrig zu bezeichnen. Ganz entfallen muß aber die herandringende Bemerkung zurückgewiesen werden, daß die Techniker entlassen und dafür junge Regierungsbaumeister eingestellt werden sollen. Das ist der alte Herr-im-Haus-Standpunkt, bei dem Wunsch der Angestellten mit der Drohung der Abkündigung beantwortet.

Es ist höchste Zeit, daß mit diesem Bureaucratismus ausgeräumt wird, der in den untergeordneten Stellen jetzt noch ebenso spärlich wuchert wie vor der Revolution. Eine Abhilfe können hier nur die Betriebsräte bringen, die den Angestellten ein Mitwirkungsrecht sichern müssen.

Tarifverhandlungen der chemischen Industrie.

Gemäß der Resolution, die am 11. August von den kaufmännischen und technischen Angestellten der chemischen Industrie in den Sophienkassen gefaßt worden ist, sind die Vertreter der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände am 12. August beim Reichsarbeitsministerium vorstellig geworden und haben beinahe um sofortige Einleitung von Verhandlungen gebeten. Trotz höchster Ueberlastung des Reichsarbeitsministeriums sollen dieselben Anfang nächster Woche beginnen. Um den technischen Angestellten der chemischen Industrie es zu ermöglichen, zu den bisherigen Verhandlungsergebnissen Stellung zu nehmen, hat der Bund der technischen Angestellten und Beamten die bisherigen Ergebnisse der Tarifverhandlungen in Druck gegeben. Es werden die Angestelltenauschüsse der chemischen Industrie hiermit aufgefordert, sich umgehend diese Rundblätter beim Bund der technischen Angestellten und Beamten, Berlin NW 22, Weststr. 7, unentgeltlich abholen zu lassen und dafür Sorge zu tragen, daß sie jedem technischen Angestellten in die Hände gelangen. Volk-Zuschriften und Stellungnahme zu den bisherigen Verhandlungsergebnissen werden an die obige Adresse erbeten.

Ausland der Arbeiterinnen in der Glashüttenindustrie. Zu der unter obiger Ueberschrift in der Abendausgabe vom 13. er veröffentlichten Notiz erhalten wir von den Vereinigten Glashüttenwerken G. m. b. H. eine Zuschrift, die sich gegen den Satz: Hoffentlich gelingt es den Arbeiterinnen, die bisher zum großen Teil bezahlten Stundenlöhne von 80 bis 90 Pf. wesentlich zu verbessern, wendet.

Dieser Satz entspreche nicht den Tatsachen. Am 5. Mai sei durch die Vermittlung des Metallarbeiterverbandes mit den Arbeiterinnen ein Tarifabkommen geschlossen, nach welchem die Arbeiterinnen in zwei Gruppen eingeteilt werden und 90 Pf. bzw. 1 Mark Stundenlohn gezahlt werde. Auch schon vor Abschluß des Tarifabkommens seien bedeutend höhere Löhne gezahlt worden. Solche, wie in der Notiz genannten, dürften, wenn überhaupt der Wahrheit entsprechend, zu seltenen Ausnahmen gehören.

Neuerdings würden von den Arbeiterinnen an Lohnerhöhung verlangt: für Gruppe 1 1,85 M. und Gruppe 2 1,85 M. per Stunde. Die Unternehmer hätten bisher angefragt: 1,85 bzw. 1,45 M. Eine Einigung sei bisher nicht erzielt worden.

Streik bei der Wirtschaftsgenossenschaft Berliner Grundbesitzer.

Von der Streikleitung der Rückfischer bei der Wirtschaftsgenossenschaft Berliner Grundbesitzer wird uns mitgeteilt: Die bei der Wirtschaftsgenossenschaft Berliner Grundbesitzer beschäftigten Arbeiter und Angestellten haben vor mehreren Tagen im Einverständnis mit dem Vorgesetzten einen Arbeiterrat gewählt. Die Direktion weigerte sich, diesen anzuerkennen, und daraufhin sind die Rückfischer, Schaffner, Verladearbeiter gestern früh in den Ausstand getreten. In der gestern Nachmittag stattgefundenen gemeinsamen Versammlung der Hand- und Kopfarbeiter wurde seitens aller Versammelten der Beschluß gefaßt, daß der gewählte Arbeiterrat in seinem Amt zu verbleiben hat, und daß der Ausstand nicht beendet wird, bevor die Direktion der Wirtschaftsgenossenschaft den Arbeiterrat anerkennt. Die Angestellten sowie auch die Nachwächter bekundeten den Streikenden vollste Sympathie und bekräftigten die Handlungsweise der Direktion auf das schärfste. Man sollte es gar nicht glauben, wie das Unternehmertum dauernd die Arbeiter- und Angestelltenchaft provoziert. Es lag in der Hand der Direktion der Wirtschaftsgenossenschaft, diesen auch die Allgemeinheit der Berliner Bevölkerung treffenden Streik zu vermeiden.

Die Angestellten der Bank für Handel und Industrie haben gestern in einer Betriebsversammlung im großen Saal der Germania-Gäle eine Entschiedenheit einstimmig angenommen, in der das Angebot der Konfektion wegen der heute beginnenden Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium zurückgewiesen wird. Es wurde auch zum Ausdruck gebracht, daß bei diesen Verhandlungen nur eine Erhöhung der von der Direktion vorgeschlagenen Sätze in Frage kommen kann.

Zum Streik im Leipziger Buchhandel.

Wie mitgeteilt wird, machen die Leipziger Firmen den Versuch, Streikarbeit außerhalb erledigen zu lassen. Es wird dringend gebeten, jede derartige indirekte Unterstützung der Leipziger Arbeiterschaft, die mit unglücklicher Brutalität den Kampf provoziert

hat, zu unterlassen; jede derartige Hilfeleistung schädigt die kämpfenden Leipziger Buchhandlungsangestellten und Transportarbeiter aufs empfindlichste.

Arbeiter und Angestellte des Buchgewerbes und Transportgewerbes, ist Solidarität!

Angestelltenverband des Buchhandels,
Buch- und Zeitungsgewerbes,
Deutscher Transportarbeiterverband.

Zum Hamburger Bankbeamtenstreik.

Eine Sympathiekundgebung für die streikenden Bankbeamten wurde einer Hamburger Meldung zufolge am Donnerstagabend von der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände veranstaltet. In Anwesenheit von annähernd 4000 Personen wurde von den Vertretern von etwa 20 der der Arbeitsgemeinschaft angeschlossenen Berufsorganisationen erklärt, daß sie, wenn etwa die Bankbeamten ihren Beistand anrufen könnten, gelassen dieser Unterstützung Folge leisten würden, um den wirtschaftlichen Kampf, in dem gleiche Interessen aller Angestellten auf dem Spiele ständen, gemeinsam durchzuführen. Gleichzeitig wurde von fast allen Rednern betont, daß man jeden Versuch, diesen wirtschaftlichen Kampf auf parteipolitischen Gebiet zu ziehen, energig abweisen werde. Eine entsprechende Entschliebung wurde angenommen.

Wie den „B. V. N.“ gemeldet wird, wurde das Angebot der Bankdirektionen im Hamburger Bankbeamtenstreik in einer Versammlung der Bankangestellten mit 2 gegen 1300 Stimmen bei 8 Stimmenthaltungen abgelehnt. Unter den Angestellten herrscht der feste Wille, auszuharren bis zum Sieg. Die Vorzeichen der Depositionen haben erklärt, daß sie unter diesen Verhältnissen nicht in den Depositionen arbeiten können und wollen diesen fernbleiben. In einer großen öffentlichen Versammlung wurde gefordert, daß der Streik der Bankbeamten eine Nachfrage zwischen dem Unternehmertum und der Angestelltenchaft bedeute; ein Unterliegen der Bankbeamten würde für die Angestellten die allerhöchsten Folgen haben. Deshalb gelte es, die Angestellten in ihrem Kampf mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterstützen. Als letztes Mittel wurde der Sympathiestreik der gewerkschaftlichen organisierten freien Angestellten in Erwägung gezogen. Angesichts der drohenden Gefahr trifft das Bürgerium bereits Vorbereitungen, um einen Bürgerstreik zur Abwehr ins Leben zu rufen.

Parteinachrichten.

Eine Reichskonferenz zur Einigung der Sozialdemokratie fand am 10. und 11. August in Berlin statt. Der von der Zentralstelle für Einigung der Sozialdemokratie einberufene Sozialkongress hatte eine paritätische Kommission von 14 Mitgliedern beider Parteien gewählt mit dem Auftrag, die aus den Entwürfen des Sozialkongresses hervorgehenden Gedanken und alle drei sozialistischen Parteien beschäftigenden Probleme anzugehen und zu klären, welche die Wiedervereinigung herbeiführen — oder doch vorbereiten sollen. Nach einer lebhaften Aussprache wählte die Konferenz eine Kommission von fünf Genossen, welche sofort die politische wirtschaftliche Aufführungsarbeit zu organisieren beginnt, fernab von jeder parteipolitischen Verengung.

Für die Art und Weise der Einigungspropaganda berichteten sich mehrere dieses Thema behandelnden Anträge zu folgendem einstimmig gefaßten Beschluß: Bis zur Regelung der Einigungsabwicklung durch ein zu vereinbarendes Programm, ist in der Literatur für die Einigung alles zu vermeiden, was bestehende sozialistische Organisationen schädigt oder spaltet.

Die herrschenden Gegensätze sind möglichst zu überbrücken, theoretische Propaganda im Sinne einer Organisation und das Eintreten für die Rätebildung ist zu unterlassen.

In der Rätefrage selbst streifte die Konferenz Richtlinien auf, die eine Zusammenfassung der Produktivkräfte aller Volksschichten in ähnlichem Sinne vorsehen, wie die Genossenschaftsformzeit vertrat. Neben der Volkskammer des allgemeinen Wahlrechts wird die Kammer der Arbeit beibehalten.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbund der Kriegsschädigten, Bezirk 3 (Südost), Bezirksversammlung Montag 18. August, 7^{1/2} Uhr, Schuhmachers Straße, 180. Aufnahme neuer Mitglieder, Kamerad Wien, Siebelung und Sozialkammer.
Arbeiter-Samariterbund, Kolonne Groß-Berlin, Beschlüsse haben nächste Woche, Montag, 18. August, 7^{1/2} Uhr, Bezirk Tempelhof, Berliner Str. 22, im Restaurant, Bezirk Osten Lichtenberg, Schornbrücke, 60, im Restaurant; Donnerstag, 21. August; Bezirk Westen, 6. WdL, Charlottenburg, Kaiser-Friedrich-Str. 41b, im Restaurant; Freitag, 22. August; Bezirk Norden, 11. WdL, im Restaurant; Bezirk Süden, 3. WdL, Reinhold, Weststr. 8, Rosenpassage Gänge haben Zutritt.

Verantwortl. für den redaktion. Teil: Alfred Scholz, Berlin; für Anzeigen: Theodor Glöck, Berlin; Verlag: Carl-Wilhelm-Verlag, m. b. H., Berlin, Dend: Carl-Wilhelm-Verlag und Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co., in Berlin, Lindenstr. 1, Straß. 1, Straß.

Sozialdemokratischer Verein Köln.
Wir suchen zum möglichst baldigen Eintritt einen
1. Parteisekretär
mit organisatorischer und organisatorischer Befähigung, der sich zur Verfügung für die Verwaltung eines großen Vereins (21.000 Mitglieder) stellt. Anforderungen werden besonders demgegenüber, daß er eine gewisse Bekanntschaft mit der Parteipolitik hat.
Für seine Stelle werden wir einen Gehalt nach den Bestimmungen des Berliner Arbeiterpreßtarifs mit entsprechenden Feuerungszulagen, Bewerbungen werden erbeten bis zum 23. August an das
Sozialdem. Parteisekretariat in Köln,
Sauerstr. 197/199. 215/1

Gut eingeführte Gesellschaft
Seben, Unfall, Haftpflicht, Haft, Luft zur Versicherung des Besizers in Groß-Berlin, Erfahrungs- und tüchtige Personen in gutem Ruf. Mitgliedschaft werden eingetragelt. Bewerbungen unter H. 222 N. an Hausstein & Vogler A.-G., Berlin W. 35, erbeten. 83/18

Bleilöter u. Kammerpasser.
Tüchtige Arbeiter können sofort gut bezahlte Arbeit in unserer Schweißerei erhalten. 19/20
Den Norske Superfosfatfabrik Knarrevik, nahe Bergen, Norwegen.

Zentralverband der Fleischer Bezirk Hamburg. Sucht baldigst einen
1. Bevollmächtigten
möglichst Berufsangehörigen. — Residiert wird nur auf tüchtige Kraft. Bewerbungen mit Lebenslauf und Abbildung über die Aufgaben eines Bevollmächtigten sind bis zum 20. August mit der Aufschrift „Bewerbung“ an P. Bergmann, Hamburg, Schellingstraße 123, zu senden.

Montage-Meister
mit weitgehenden Erfahrungen im Bau von elektr. Maschinen und Apparaten sofort gesucht. — Ausführliches Angebot mit Preisanschlägen und Gehaltsanforderungen unter Chiffre J. O. 14 622 an Rudolf Messe, Berlin SW 19. 19/19

Parteisekretär
zur Übernahme der organisatorischen und agitatorischen Arbeiten einziger in nächster Nähe Köpenicker gelegenen Landstrich zum Eintritt ab 1. September d. J. oder früher gesucht. Schriftliche Bewerbungen unter Angabe der bisherigen Tätigkeit sind zu richten an
Albert Borowski, Köpenicker, Lindenstr. 28/28.

Werkmeister
für Aht. Stanzerei und Werkzeugbau. Es wird nur auf eine hervorragende tüchtige Kraft reflektiert, welche mit komplizierten Schnittbau sowie mit den rationellen Arbeitsmethoden der Stanzerei vollkommen vertraut ist. Bewerbungen zunächst einmal nur schriftlich, mit Angaben der Gehaltsansprüche und Zeugnisabschriften, wenn möglich Bild, zu richten an
Elektr. Ges. Poma, Berlin N 4, Bergstr. 24. 363-6

Werkmeister
für den Bau von Hausbohrmaschinen und für Treibwerk zum sofortigen Eintritt gesucht.
Es wollen sich nur erdte Kandidaten melden, welche einen mittleren Betrieb selbstständig leiten können und mit dem Bohrwesen vollständig vertraut sind.
Offerten mit Zeugnisabschriften, Referenzen und Gehaltsansprüchen unter O. P. 905 an Rudolf Wolff, Berlin SW 19

Ankerwickler,
tüchtig und selbständig im Wicken von Dreh- und Gleichstrommotoren, sofort für dauernde Stellung gesucht.
Grünberg & Kurda,
Charlottenburg, Berliner Str. 79.

Konforbische
für tüchtige Konforbische und zur Fertigung von Sägen zum sofortigen Eintritt gesucht.
Vergütliche Herleitung unter Vorlage von Scheitproben erbeten an
Berlin-Neuroder Aunk-Kalken,
Aktiengesellschaft, W 9, Köpenicker Str. 28/29.

Rotjardbeiterinnen
für garnierte Säben haben in unfr. Berliner dauernde Stellung. Lettmann & Lowenstein, Jährenstr. 26, Hof 1. 5/82b

Garnierinnen
und Garnierinnen, mein Tagelöhner verlangt per sofort oder später 30/2
Siegm. Haagen,
Wollstr. 11/12.
Selbstständige Garnierinnen für garnierte Säben haben in unfr. Berliner dauernde Stellung. Lettmann & Lowenstein, Jährenstr. 26, Hof 1. 6/81b

Werkstatts - Techniker
gesucht, der in der Anfertigung von Werkzeugen, auch Schnitten und Stanzen, bewandert ist und die Fabrikation von Teilen mit überwachen kann. Bewerbungen mit Angabe des Bildungsganges, Eintrittstermines und der Gehaltsansprüche erbeten an
Dr. PAUL MEYER AG, Berlin N 39.

Portier
eine Familie, für Konfirmanden gesucht, der mit Zentralheizung und Warmwassererwärmung genau Bescheid weiß. 36/206
Bewerbung: Dienstag, 25. zwischen 10-12 Uhr.

Drehermeister,
langjährig erfahren im Maschinenbau, in der Reibmaschinenfabrikation und durchaus sicher in der Feinmechanik von Akkordeons zum baldigen Eintritt von größerer Maschinenfabrik gesucht.
Ausführliche Bewerbungen mit Zeugnisabschriften, Angabe der Referenzen, des frühesten Eintrittstermines, der Gehaltsansprüche unter K. 22 an die Hauptexpedition des Diestes. 27/12

Ansträgerinnen für den „Vorwärts“
werden eingestellt in folgenden Filialen:
Berlin: Ackerstr. 174, am Koppenplatz. — Prinzenstr. 31, Hof part. — Stolpmann, W. Blumenballestraße 8, Hof. — Markussstr. 26.
Schöneberg: Betsiger Straße 27.

Nationalversammlung.

Kohlenberatung in Weimar.

Die Versammlung ist sich des Einflusses der Lage bewußt. Keine Parteipolemik, keine persönlichen Feindschaften. Die Kohleninterpellation der Deutschnationalen steht auf der Tagesordnung.

Hugenberg, unter Kautler, begründet sie, frei von Vorwürfen gegen die Regierung, was immerhin bei einer deutschnationalen Rede bemerkenswert erscheint. Die Interpellation enthält Klagen, Hinweise auf die kommende Katastrophe; keine Vorschläge vermag sie nicht zu bringen.

Der Reichswirtschaftsminister Genosse Schmidt erhält das Wort. Er stellt die gegenwärtige Lage dar, unterstreicht ihren Ernst, appelliert an das Solidaritätsgefühl der Arbeiterkraft. Erfolgreiche Worte findet er gegen das nicht genug zu verzeihende vorübergehende Treiben der Kommunisten, die mit dem Volkswohl der Parteigliedern leben.

Genosse Huze erhebt sich. Alter Vorkämpfer der Arbeiterkraft, der so manchen Strauß für sie durchgefochten hat, auf dessen Stimme sie alle hören sollte, als auf verantwortungslose Schalen spartanischer Weisheit. Er will den — von uns längst erwarteten — neuen Wendepunkt in die Debatte, nämlich, daß die augenblickliche Lage nicht lediglich Folge der Revolution, sondern eine Folge des Raubbaus mit der Arbeiterkraft in der Vorkriegszeit, in der Wilhelmianischen Ära ist. Als erster Redner aus dem Hause besteht er es, den Kernpunkt des Problems herauszufassen, das in der Forderung glückt: Soziale Sozialisierung durch restlose Beseitigung jeder Kapitalrenten.

80. Sitzung, Freitag, den 15. August 1919, nachmittags 3 Uhr.

Präsident Heinenbach eröffnet die Sitzung 8 Uhr 20 Minuten. Gegenstand der Tagesordnung: Anfragen.

Hr. v. Graefe (Dnt. Sp.) fragt an, ob die Reichsregierung gewillt und bereit sei, das gesamte Anlagematerial über die schlechte Behandlung deutscher Kriegsgefangener, soweit es zum Austausch fähig ist, beschleunigt und möglichst nach dem Eintreffen der Austauschmitteln der Strafe in Vollständigkeit zu beschleunigen.

Ein Regierungsmitglied erwidert, daß bereits eingehende Darstellungen über die Behandlung deutscher Kriegsgefangener, in französischer und ebenso in englischer Sprache, eingereicht worden. Von Veröffentlichungen liegt amtliches Material vor. Der Zeitpunkt der Veröffentlichung weiterer Materialien kann bei der Regierung noch nicht festgelegt werden.

Abgeordneter Duffe (L. Sp.) fragt an, was, nachdem das Reichsamt für Wasserbau in Thüringen von einem zur Erneuerung seiner früheren Handelsbeziehungen nach Kopenhagen reisenden Kaufmann die Hinterlegung seines halben Vermögens für die Ausrichtung des Auslandsbesuchs verlangt habe, die Reichsregierung gegen denartige Erpressungen fürger Landesangelegenheiten zu tun gedenke.

Reichsminister des Reichsfinanzministeriums Müller: Die Erlaubnis von Auslandsreisen ist von Fall zu Fall nach den persönlichen Verhältnissen des einzelnen. Die Behörden haben aber die Erlaubnis gemacht, daß mehrfach Reisende, die ihn zu einem auszusprechenden Aufenthalt im Ausland haben wollen, nicht mehr zurückkehren. (Sehr richtig.) Wenn Reisenden auch geradezu erwidert, so darf andererseits vorausgesetzt werden, daß die Sicherheitsvorschriften nicht solchen Personen mitgegeben werden, für die sie Vermögen und ihre Aufträge sichern kann. Sollte in einzelnen Fällen die einseitige Hinterlegung von Geldern notwendig erachtet werden, so ist Beschwerde bei der Reichsregierung einzulegen. Der Antrag wird abgelehnt.

Abgeordneter Schiele fragt an, ob die Reichsregierung die ihr durch die Reichsregierung über die Preise der Kohlen über die Gründe des Abschlusses des Vertrages der politischen Abteilung des Reichsministeriums, v. Rosenfeld, bekannt sind und ob sie bereit sei, der Nationalversammlung mitzuteilen, ob v. Rosenfeld in der Tat seinen Absicht geäußert habe, weil er die Darstellung des Reichsministeriums, v. Rosenfeld, als wahrheitswidrig nicht für zulässig gehalten habe.

Reichsminister des Reichsministeriums Müller: Die Reichsregierung lehnt es grundsätzlich ab, über die Gründe Auskunft zu erteilen, welche einzelnen Schritten voranzutreiben, um ihren Absicht anzukündigen. Von diesem Grundheraus kann im Falle Rosenfeld nicht abgesehen werden, wo bereits am 20. Juni der Antrag auf Dienstentlassung gestellt und am 20. Juli wieder aufgenommen ist.

Ergänzend fragt

Hr. v. Rosenfeld (Dnt. Sp.): In der Reichsregierung befindet sich ein Rosenfeld allerdings seinen Absicht zum ersten Male nach der Friedenskonzession einreichend, aber auf den ihm angebotenen dringenden Hinweis, nicht zu demütigen, zurück, daß er dann nach den anschließenden Besprechungen des Reichsfinanzministeriums, v. Rosenfeld, am 26. Juni ungesäumt nach Weimar gereist und nunmehr auf sofortige Bewilligung seines Abschieds drang, weil er als Leiter der politischen Abteilung des Reichsministeriums den persönlichen Gebrauch von Aktien, die seinem Gehalt entnommen waren, für eine der Bauschein nicht entsprechende Darstellung durch den Reichsminister nicht mit seinem Verantwortungsbewußtsein verbinden zu können glaubt.

Reichsminister des Reichsministeriums Müller: Der Herr Abgeordnete scheint nicht gehört zu haben, daß ich in meiner Antwort mitteilte, daß die Regierung denartige Auskünfte grundsätzlich ablehnt. Damit ist auch die zweite Anfrage erledigt. (Sehr richtig. Anrufer.) Den mündlichen Bericht des Herrn Auswärtigen über den Inhalt eines Konventionenvertrages erachtet.

Hr. v. Salkmann (Soz.): Die Ausschussberatung hat einen negativen Ausgang genommen. Die Notwendigkeit baldiger und möglichst umfangreicher Aufhebung der bestehenden Konventionen tritt dadurch in den Vordergrund. Die Vertreter der Regierung haben ein bodenpolitisches Gesetz angefügt, so verlangten aber auf die sofortige Beseitigung des Entwurfs. Der Ausschuss hat sich dem nicht angeschlossen, sondern behält auf der unverzüglichen Ausarbeitung des bodenpolitischen Gesetzes und schlägt dem Hause vor zu beschließen, den Entwurf zurückzustellen und die Reichsregierung zu ersuchen, schleunigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, der das von Konventionen her bestehende Gelände in dem erforderlichen Umfang der Bodenrevelation entspricht und die entsprechende Möglichkeit bietet, das Gelände zu gemeinsamen Nutzen in den Gemeinbesitz überzuführen.

Ohne Erörterung wird demnach beschlossen. Der Antrag Löber (Soz.) — Groeber (Z.) auf Annahme eines Gesetzentwurfes über Wohnhilfe und Wohnförderung wird auf Vortrag des Reichspräsidenten ohne Erörterung dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen.

Es folgt die Interpellation der Deutschen Sozialpartei und der Deutschnationalen betreffend Rückgang in der Kohlenförderung. Was gedenkt die Regierung zu tun, um den inneren Gefahren rechtzeitig zu begegnen, die der Wirtschaft und innerer Ruhe des Landes aus diesem Zustande drohen?

Mit der Interpellation verbunden wird die Beratung des Gesetzentwurfes wegen Wiedereinstellung des Reiches über die Regelung der Kohlenwirtschaft vom 23. März 1919. Durch diese Vorlage wird der Staatsoberhaupt ermächtigt, die Rückführung der Reichskohlenrenten und die Verteilung der Einnahmen auf die einzelnen Gruppen abzuändern. Die Ersetzung des Reichskohlenrenten hat spätestens bis zum 31. Dezember 1919 zu erfolgen.

Hr. Dr. Augener (Dnt. Sp.): Es handelt sich um eine Frage von so unmittelbarer Lebensbedeutung für das deutsche Volk, daß alles Erdenkliche zur Klärung derselben zu tun ist. Nebenbei bringt dann zur Begründung der Interpellation ein umfangreiches Schriftmaterial bei, wobei er auf die Ausführungen des Eisenbahnministers und des Reichskohlenministers aus der letzten Debatte zurückgeht. Eine solche keine Arbeitslosigkeit in Deutschland ohne Arbeit keine Ausfuhr, ohne Ausfuhr keine Lebensmittel und Rohstoffe vom Ausland. Hoffentlich werden es die Äußerer nicht durch die Umstände für gefahrlos erachten, die Arbeitslosigkeit zu betonen. Am so mehr ist es aber Pflicht aller bedeutenden Volksschichten, alles aufzubieten, um das Äußerste zu verhindern.

Eine solche Rolle spielt im Rückgrat die Ernährungsfrage. Es muß alles getan werden, um der bevorstehenden Bedrohung der Ernährung der Bevölkerung durch die Ernährungsfrage zu begegnen. Die Ernährungsfrage ist die ernste Gefahr der Vorkriegszeit zu sein. Von wesentlicher Bedeutung für die Höhe der Förderung ist nach der Lohnzahlung. Sofort müßten nur eine Vermehrung der Dauer, der geernteten Produkte, sein; im übrigen müßten 20 bis 30000 ungeschulte Arbeiter dem Bergbau wieder angelehrt werden. Gelingt es, die Förderung zu heben und die erhöhte Förderung abzuführen, so wird sich, falls und nicht im letzten Moment die Entente einen Schritt durch die Förderung macht, bewußtens der Förderung des letzten Winters erheblich mindern lassen. Die Wiedereinstellung der Förderung auf den Stand vor dem Kriege ist eine Arbeit auf langere Sicht.

Reichswirtschaftsminister Schmidt:

Eine Kohlennot herrscht allgemein in ganz Europa. Die Ursache dieser Kohlennot, der Rückgang der Förderung, ist meiner Ansicht nach im wesentlichen eine Notwendigkeit des Krieges. Es hat im Kriege durchweg eine übermäßige Anspannung sowohl der

Produktions- als auch der Verbrauchsmittel stattgefunden. Für uns in Deutschland kommt dazu, daß wir

wichtige Produktionsstätten verloren

haben und auf der anderen Seite um Lieferungen an die Entente aufzugeben gezwungen sind, daß es kaum möglich ist, die Produktion zu erhöhen. Der Verbrauch an Kohlen ist schon soweit eingeschränkt, daß weitere Einschränkungen nahezu unentbehrlich sind, wenn nicht die ärmsten wirtschaftlichen Kreise einbrechen sollen.

Es ist eine außerordentlich bedauerliche Tatsache, daß wir die Kohlen noch nicht zur freiwirtschaftlichen Uebernahme der Produktion erlangen haben, die sie als Opfer dem Gemeinwohl darbringen müssen. Zunächst hat man den Einbruch, daß bestimmte Arbeitergruppen streiken, nur um damit ihre Unentbehrlichkeit zu betonen. Hoffentlich gelingt es bald, die Arbeiterkraft von ihrem Streik abzubringen.

Kohlennot bedeutet vermehrte Arbeitslosigkeit

Rückgang des Transportwesens und der Eisenbahnindustrie, Herabsetzen von für die menschliche Ernährung bestimmten Lebensmittel, Unzulänglichkeit des Lebens ohne Brennmaterial im eigenen Hause. Die Arbeiterkraft darf sich vor der Aufgabe nicht erschrecken, daß sie selbst die allerhöchsten Opfer bei all diesen Entbehrungen zu tragen haben wird. Sie muß einsehen, daß man in einer solchen Zeit liebgewordene Grundrechte im Interesse des Gemeinwohls zurückstellen muß. (Sehr Zustimmung.) Nur ein geistiger Lebenswille, Wirtschaftsgemeinschaft, der erst wieder aufgerichtet werden muß, vermag auch über die erwünschte Beseitigung der Arbeitslosigkeit in sozialpolitischer Hinsicht.

Wie ist dem Uebel abgeholfen?

Dafür hat auch der Begründer der Interpellation, nachdem er ein so außerordentliches Verbrechen des Bergbaus ist, nur sehr wenige Vorschläge gemacht. Ein wirklich durchgreifendes Mittel ist weder von ihm, noch von anderen Seite in Vorschlag gebracht worden. Die Erzeugung der Produktion ist das erste Erfordernis. Demgegenüber müssen wir uns die betriebliche Aufgabe stellen, daß die Arbeiterkraft sich dem Bergbau abwendet. Namentlich im Eisenbahnbereich ist eine Umwandlung der Arbeiterkraft nicht möglich. Die Regierung muß sich gegenüber, soweit es möglich ist, die Arbeiterkraft in vermehrtem Umfang nach dem Rückgang der Kohlenförderung, hinzusetzen. An der Durchführung von Hilfsmaßnahmen, wie Förderung der Wohnungsbauhilfsmaßnahmen, sowie andere Maßnahmen, namentlich auch der sozialen Arbeiter, wird es nicht fehlen lassen.

Die Wichtigkeit der Wohnungsfrage ist unbestreitbar. Aber eine ungeschickliche Herangehensweise durch die für ihre Lösung notwendigen Mittel der Arbeitsbeschaffung nicht herbeizuführen. Nicht so unangenehm wie im Eisenbahnbereich, aber es mit der Forderung im Eisenbahnbereich. Aber es nach eine Produktionsbeschleunigung leichter werden der Möglichkeit der Verwendung ungeschulter Arbeiter, die im Eisenbahnbereich nur in begrenztem Umfang unter Beachtung werden können. Dies besteht auch die Möglichkeit, durch Einlegen einer größeren Anzahl Arbeiter womöglich einen Teil des Eisenbahnbau zu beschleunigen. Andere Mittel sind leider

von der Arbeiterkraft abgesehen

worben. Es ist noch nicht gelungen, die Arbeiterkraft davon zu überzeugen, daß die Kohlennot am wirksamsten durch eine gesteigerte Inanspruchnahme ihrer Leistungsfähigkeit in einem bestimmten Zeitraum, durch Verlängerung der Arbeitszeit für eine bestimmte Zeit um eine Stunde beseitigt würde. Wenn es gelingt die Ueberwindung der Kohlennot der Arbeiter gegen diesen Vorschlag bei den augenblicklichen Tarifverhältnissen. Die Arbeiterkraft im Eisenbahnbereich möge sich entschließen, daß sie die Produktionsbeschleunigung des Bergbaus aus den kommenden Winter in die schwerste Gefahr bringt! Deshalb appelliere ich von dieser Stelle aus an die

Sozialpolitik für die gesamte Arbeiterkraft

Die Regierung ist bereit, den Wünschen der Arbeiterkraft hinsichtlich der Reform des Anspannungsverfahrens zu entsprechen. (Sehr richtig. Anrufer.) Es sind aber selbstverständlich eingehende Beratungen notwendig für den Hausbedarf in den großen Städten wird durch die Fortschreitenden Holzknappheit werden müssen.

Die Not der Holzknappheit und zum Hausbau in den Städten unmittelbar in der Nähe der großen Städte. Dieses Uebel ist ernstlich im Hinblick auf die wirtschaftliche und politische Lage. Es ist selbst bedauerlich, trotz aller scheinbar entgegenstehenden Bedenken.

Amerikanische Kohlen für Industrie

eingeführt, die durch Ausfuhr eines Ausgleich schaffen können. Durch alle diese Maßnahmen werden aber nur hier und da einige

neben ihren Aufgaben auf den Boden. Sie hatten nicht einmal den Mut zum Essen und schliefen sofort wieder ein.

Als alles mitten in der Schlaflosigkeit der tiefen Nacht lag, schrie plötzlich ein Sarg durch die Wände: „Alarm! In den Wägen!“

Was war so wild. Dieses grausame Erwachen schien den schlafenden und abgerackerten Leuten zuerst wie der Schlag eines bösen Traumes. Als dann durch die offene Tür der kalte Wind hereinwehte und als man das Herumtrampeln der Leute auf dem vorderen Linien auf dem Straßenpflaster hörte, und als die Unteroffiziere Licht anzündeten und uns mit ihrer Stimme auffogten, da richtete man sich auf. Und man war noch ganz verblümt und verbogen, während man seine Sachen herrichtete. Dann reichte man sich und man rüffelte sich zähneklappernd. Die Beine waren wie angewurzelt und das Herz war zerfetzt und wie in Scherben, und man machte sich zur Straße auf, die ganz von Dunkelheit bedeckt wurde.

Dann der Appell und einige Befehle und Gegenbefehle. Und dann hörte man: „Vorwärts, Vorwärts!“ Und man marschierte aus dem Lager, und man fand doch schon am Ende seiner Kräfte, als wenn man eben erst ins Lager einmarschiert wäre. Derart brach man. Man mußte nicht, noch welchem Ziel. Suerst kamen es ein Auszug wie all die übrigen Auszüge auch. Wir eilten uns auf dem gleichen Weg, den wir immer gegangen waren und wir hobten uns in die gleichen großen Kreise der Finsternis hinein, in die wir uns immer einwärts hielten.

Wir gelangten bis zur Maschinenfabrik. Sie war verbrochen. Dann kamen wir an den Steinbruch, den die Dämmerung eben bedeckte und mit Schmutzfarbe überzogen. Dieser Steinbruch machte die Trübsal noch trübsaler. Dicker Rauch schichtete sich die Wägen in uns auf, und sie legte sich schmend an unsere Nasen. Die Scherben schienen lebend, bleich und hart ausgeblutet und wie bedeckt von einem düsteren Wetter. Wir wurden wieder von uns umwirrt von dem Schrei: „Vorwärts, Vorwärts, Vorwärts!“ Das wurde von allen Richtungen auf uns und in die Dämmerung hinein und drunter geschleudert. Und die Dämmerung färbte vom Himmel auf die Erde und die Dämmerung kroch von der Erde zum Himmel hinauf. Und jedesmal kostete es noch größere Anstrengung, damit wir und von uns umher zu bleiben wieder losließen. (Fortf. folgt.)

Erleuchtung.

Roman von Henri Barbusse.

Reihenritt von Max Goddard.

Immer wieder und unendlich oft erfolgte der Beschaid, der den Soldaten kurz und bündig zu seinem Regiment zurückschickte. Niemand wurde angenommen, jeder mußte marschieren. Einen Augenblick wurde die hellere und kläglich Stimme eines Mannes hörbar, der sich wieder aufschickte und dabei bestieg. Der Arzt war gutmütig und zankte mit dem Mann herum, dann aber sagte er plötzlich und viel ernster: „Was willst Du, mein Sohn, du kommst nicht vom Dienst beiseite. Du hast meine Instruktionen. Als Kopf hoch! Wirft noch eine Weile können.“ Einer nach dem andern schaukelte sie hinaus, all diese Geschöpfe mit dem verhängenen Brustkorb und den erschauerten Bewegungen. Einzelne schloß sich auf den anderen, einer klammerte sich an den anderen, und sie murmelten: „Nichts zu machen, nichts zu machen!“

Der kleine Melusson stand auch bei uns. Sein Ausdruck war achtmal und leidend, und seine lange rosafarbene Nase sah sich zwischen den brandroten Wangenflächen in die Länge. Er stand unter uns in der mühsamen Reihe, die von der Morgenstunde gestreckt wurde. Er hatte sich nicht in der Krankenküche gemeldet, aber er sagte: „Heute wird's noch leben, doch morgen schlage ich auch hin.“

Kan admette nicht auf die Worte Melussons, bald aber meine einer von uns: „Diese Instruktionen, die der Stabsarzt erhalten hat, das hat sicher alleshand zu bedeuten.“

Heute morgen stellte der Hauptmann beim Rapport die Rolle in ein Papier und er sagte: „Auf allerhöchsten Befehl —“ Dann riefte er einige Namen. Man hatte einige Soldaten erschossen, weil sie den Befehl nicht befolgt hatten. Die Erschossenen gehörten zu unserer Brigade. Ihre Namen bildeten eine lange Liste. Als der Hauptmann zu lesen anfing, gah ein leises Grollen bei uns im Kreise herum. Als die Eigennamen hörbar und jedem im Schwarm verständlich wurden, hörte das Grollen auf. Da wir so unmittelbar mit den Weisheiten der Beurteilung in Verbindung kamen, strich uns eine Windwelle des Entsetzens, und wir zogen die Köpfe ein.

An den folgenden Tagen geschah das gleiche. Nach einem Rapport verließ der Major, den man sonst selten sah, die vier Kompanien auf einem freien Platz. Wir mußten feierlich angetreten. Er sprach von der mühsamsten Lage. Sie wäre für uns auf der ganzen Front besonders günstig, und der endgültige Sieg würde nicht mehr lange ausbleiben. Der Major machte uns Versicherungen: „Bald werdet ihr wieder zu Hause sein!“ Zum ersten Male fand er ein Lächeln für uns und er sagte: „Liebe Freunde, ich weiß nicht, was uns noch zustoßen wird, aber, wenn es sein muß, dann reiche ich auf Euch. Tut wie immer schweigend eure Pflicht. Es ist so schlicht, seine Pflicht zu tun und zu schweigen.“

Dann traten wir ab und zerstreuten uns wieder. Als wir in das Lager zurückkamen, erfuhren wir, daß der Hauptmann die Patronen und die Nahrungsmittelreserven revidieren wollte. Man hatte kaum Zeit zum Essen. Majorat argerte sich, und er vertraute seinen Kerger Termitte an, der immer ein guter Zuhörer war: „Alles das ist nur die Schuld von diesem Stuhl Angeld von einem Hauptmann. Die die Skaven ist man ja bloß!“

Er drohte, während er so sprach, nach dem Dorfplatz hinunter, wo die Kommandantur lag.

Aber Termitte zuckte mir die Schultern und er blinzelte bodenlos auf seinen Kameraden und er sagte: „Du quatscht wie'n Hühnerel. Das Hauptmann und all die anderen Leute an der Spitze, das sind ja gar nicht die, die all das Regiment erfinden. Das sind ja nur vergoldete Maschinen, die bloß weniger lösen als Du, aber sie sind auch bloß Maschinen, wie Du selber. Wenn Du die Disziplin abschaffen willst, dann schaff auch den Krieg ab, mein Freund und Kapierstecher!“

Majoret blieb ganz verblümt stehen und die anderen auch. Ich aber mußte die besondere Geldschäufel bewundern, mit der Termitte, unser Antimilitarist, die Antworten umgibt, um sie trotzdem immer ins Recht zu legen.

In diesen Tagen mußten wir immer mehr Übungsmärche unternehmen und immer eifriger exercieren, damit die Offiziere die Truppe fester in die Hand bekommen. Diese Übungen ermüdeten uns außerordentlich und besonders die Scheinangriffe auf Waldhöhen, die eines Abends in dem Gelände der Schluchten und des Geländes vorgenommen wurden. Als wir heimkamen, warfen sich die meisten sofort

Kochstände befreit. Das größte Hebel ist die Zerrüttung des Transportwesens. Die Eisenbahnverwaltung ist heute nicht einmal mehr in der Lage, für die vollständige Abfuhr der Kohlen aus den Halben zu sorgen. Mit Entsetzen sehe ich dem Zustande entgegen, der eintreten muß, wenn das Wagenmaterial für die Abfuhr von Hartfels, Müden usw. in Anspruch genommen werden muß. Da bleibt kein anderes Mittel als die

Einstellung des Personalverkehrs.

Der Personalverkehr ist das wichtigste. Wie so großen Nachteilen die Einstellung des Personalverkehrs auch verbunden sein mag, es bleibt kein anderer Ausweg, wenn die Reparaturarbeiten nicht eine größere Leistungsfähigkeit aufbringen, die möglich ist angesichts der großen Zahl der Arbeiter und des reparaturbedürftigen Betriebsmaterials. Das vornehmlich auf Verbesserung der Löhne Rücksicht auf andere Interessen wird an die Auffüllung der Lager der Eisenbahnverwaltungen gegangen werden. Wenn diese nicht über Bestände für 20 bis 30 Tage verfügen, droht der Zusammenbruch. Es soll alles geschehen, um diesen auch für die künftigen Provinzen zu vermeiden. Eine Partei, die nicht wegen ihrer Größe, sondern

wegen ihres schicksalhaften Terrors Einfluß

hat, sucht die revolutionären Eisenbahner zu mißbrauchen, um durch Streiks das gesamte Wirtschaftsleben zu erschüttern. Ein Hauptzweck des Parteiführers gibt offen zu, daß die Streiks politische Ziele verfolgen, von denen die Eisenbahner nichts wissen dürfen. Diesen Zielsetzungen ist nachzugehen.

Der oberste Zweck der Partei ist eine der freiesten Unternehmungen, die auf die Zukunft zurückzuführen ist. Die Eisenbahner mögen sich bitten, sich zu solchen, nach dem Verständnis der Partei haben freies Streiks irreführen zu lassen. Bisher fehlt der Arbeiterklasse

die notwendige Aufklärung.

um die gewissenlosen Agitationen sich fernzuhalten. Flugblätter sind seit Wochen sehr stark im Umlauf. In scheinbariger Manier werden Parteiarbeiter und Arbeiter gegen die heutige Wirtschaftspolitik aufgebracht zum Schaden der gesamten Arbeiterschaft, nur um Kräfte für ein politisches Programm zu gewinnen zu machen, das die Partei nicht offen erkennen läßt. Diese Partei und ihre Agitation ist eine Gefahr, die mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten werden muß. Wenn die Regierung gegen die Hase Partei einer nicht einflussreichen Partei zu scharfen Mitteln greift, so tut sie es aus einer Notwendigkeit, verdrängte politische Maßnahmen durchzuführen zu beschleunigen und kein Mittel unversucht zu lassen, einer derartigen politischen Agitation und dem mit ihr verbundenen Nachteil entgegenzutreten.

Die kommunistische Partei hat nur ein politisches Programm und eine Initiative, ihre Politik und Politik darauf einzurichten, daß unsere Wirtschaft schnell verfallt. Ihre Haltung gegen die Unabhängigen zeigt dabei von Undankbarkeit. Nur unter unklaren und unweisen Abreden kann sie ihre große Anhängererschaft gewinnen, mit dem verdrängten Streben, unser Wirtschaftsleben an den Rand des Abgrundes zu führen. Für jede Anregung ist die Regierung dankbar, die die Kohlennot hebt. Sie nimmt jede Unterstützung an, von der Weisheit und Sicherheit der Deutschen Republik zu erwarten ist.

Die Besprechung der Interpellation wird beschlossen. Zur zweiten Beratung der Novelle zum Kohlenwirtschaftsgesetz ist inzwischen von den Abgeordneten Böbe, Duce, J. Busch und Genossen eine Entschließung eingebracht worden, welche zur Verhinderung der fortschreitenden, das Volk als Folge der außerordentlichen Kohlennot bedrohenden Katastrophe schnelle und

durchgreifende Maßnahmen

für eine erhebliche Erhöhung der Kohlengewinnung und für ihren regelmäßigen Antransport fordert. Vornehmlich werden empfohlen: Erhöhung der Bergarbeiterlöhne auf einen Betrag, der als ausreichende Gegenleistung für die anstrengende bergmännische Tätigkeit angesehen werden kann, bessere Ernährung der Bergarbeiterfamilie und bessere Versorgung mit Berufskleidung und Schuhen, Abschluß von Tarifverträgen, ein Reichsbrotgesetz.

Erneuerung der Betriebskräfte

zur Mitarbeit und Kontrolle, Erhöhung der Knappheitsrenten, Erlass eines Reichsknappheitsgesetzes, Vermehrung der Arbeitskräfte, Kleinrenten und gezielte Beschaffung von Wohnungen unter Gewährung von Reichsbörsen, vergrößerte Belieferung der Kohlengruben, Koksereien und Zementfabriken mit Arbeitsmaschinen und Geräten, möglichst vollständige Ausnutzung aller Betriebsanlagen, Einleitung von zweckvollen Förderarbeiten, hässliche Belieferung der wichtigsten Plätze, regelmäßige Bestellung von Eisenbahnwagen, Durchführung der Sozialisierung.

Abg. Due (Soz.):

Den Gehehenswerten zur Kohlenwirtschaft können wir wohl ohne Kommissionsberatung annehmen. In dem Bereich unserer Kohlenindustrie sehe ich nur eine einzige dunkle Fläche, keinen Lichtstrahl. Wenn es heute einigen wenigen

parteilicheren Wirtschaften

gelingt, ganze Volksteile in den Bann ihrer Agitation zu zwingen, so beweist das nur, daß unsere Arbeiterschaft, auch die Beamtenklasse, durch den furchtbaren Krieg nebenan krank geworden ist. Schon lange vor dem Kriege bildete der Rückgang der Kohlenförderung pro Kopf der Bevölkerung die Sorge unterer Wirtschaftsklassen. Das heutige Problem hat mit Sozialismus, mit sozialpolitischen Wirtschaftsformen nichts zu tun, es hat sich aufgebaut auf natürlichen, technischen Umständen und ist schon während des Krieges gefährdend in die Erscheinung getreten.

Der Krieg war eine Hochkonjunktur

von außerordentlicher Länge, und da hat man die Kohlenreicherin Höhe vorzugsweise abgebaut und die Vorratungsarbeiten zurückgestellt. Dennoch trat schon 1917 eine erhebliche Kohlennot auf, die zur Einsetzung des Reichskohlenkommissars führte. Es ist ein gefährliches Aberglauben, daß die Kohlennot das Ergebnis der revolutionären Umwälzung des vorigen November sei. Die Hungerblinde hat auch auf die Erhöhung der Kraftstoffpreise sehr herberbringend eingewirkt. Die Bergarbeiter sind durch die jahrelange Unterernährung so herabgekommen, daß Heilversuche ihnen jetzt nicht zugemutet werden können. Wir können deshalb in unserem Antrag

nicht Schichtverlängerung, sondern Ernährungsverbesserung

vor. Nur kein Stück, kein Brod, sondern gutes Jureben und vor allem gutes Essen. Wir haben den verantwortlichen Stellen in der Regierung anbeurkundungsweise schon 1915, in aller Schärfe 1917 vorgetragen, was kommen mußte. Der Bergbauische Bezirk aber hat bei allen Wünschen der Bergarbeiterschaft versagt.

Rechner erörtert hierauf im einzelnen die in der mitgeteilten Entschließung aufgestellten Forderungen und schließt mit einer dringenden Mahnung zur Sozialisierung und mit der Aufforderung an die Unternehmerklasse, die nutzlose Agitation dagegen zu unterlassen. Unter Sozialisierung versteht ich im Bergbau die reiflose Befestigung jeder Kapitalrente. (Beifall l. u. Soz.)

Abg. Ambuhl (S.):

Der Rückgang der Kohlenförderung hängt nicht allein von dem guten Willen und der Arbeitskraft der Arbeiter ab, sondern auch von der Art des Abbaus, dem Umfang der Nebenarbeiten, der Verwendung von Maschinen usw. Der Rückgang ist im übrigen eine internationale Erscheinung, die sich in erster Linie auf die Arbeitsverhältnisse gründet. Die Verletzung der Arbeitszeit hat freilich unter allen Umständen eine Verminderung der Leistungen zur Folge. Und das wird auch hier eintreten, sobald die Einrichtungen und die Arbeiter sich darauf eingestellt haben. (Zurufe rechts: Unmöglich! Unmöglich!) Ich verhehe von der prakti-

schon Bergmannarbeit vielleicht mehr als Sie (nach rechts). Ein weiterer Grund ist das Sinken der Arbeitsfähigkeit und der Arbeitsfreudigkeit infolge des Raubbaus, der an der Kraft des Arbeiters während des Krieges getrieben worden ist infolge der schlechten Ernährung, nicht zuletzt auch infolge der ungerechten und unwürdigen Behandlung.

Nach kurz vor dem Kriege betrachteten die Unternehmer in den Bergmann nicht als einen gleichwertigen Vertragspartner, sondern als einen Untergebenen. Man hat dem Bergarbeiter die Liebe zu seinem Beruf geradezu

planmäßig ausgeprägt.

Die Lohnfestlegung erfolgt einseitig und ungerade, die Löhne sind nicht ausreichend, die Arbeitszeit war, namentlich im Krieg, viel zu lang. U.a. wird dem Bergarbeiter heute noch nicht gegeben. Aus allen diesen Verhältnissen erklären sich die erschreckend hohen Krankenziffern und die frühe Invalidität, erklärt sich aber auch das Emporkommen einer Stimmung in den Bergarbeiterkreisen, die den Hebern ihre Arbeit nur zu leicht gemacht hat. (Zurufe rechts! und Zustimmung.) Um Abhilfe zu schaffen, sind vor allen Dingen notwendig ausreichend hohe Löhne, nicht allein im Hinblick auf die Schwere des Bergarbeiterberufes, sondern auch aus dem Grunde, weil in der Bergbauarbeitergruppe zum Unterschied von allen anderen die Zahl der Kinder in den letzten Jahren nicht gefallen, sondern gestiegen ist. Auch

die Lebensmittelversorgung reicht heute noch nicht aus.

Der Regierung müßte es doch leicht sein, fernar den Bergarbeitern Tabak, besonders Sahatobak, zur Verfügung zu stellen. (Beifall rechts.) Durch reichhaltigere Behandlung der Bergarbeiter und gütigere Gestaltung der Renten wäre manches gewonnen. Unter Obhut der Arbeiterämter müssen die einzelnen Gruben daraufhin untersucht werden, ob den Bergarbeitern ihr Hilfsmaterial in ausreichender Art zur Verfügung steht. (Beifall.) Gelernte Arbeiter gehören überall vor die Kohlen. (Zustimmung.) Die Weiden dürfen nicht übergenug Kohlen haben, während die Armen sterben. Ich richte an die Bergarbeiter den Ruf, noch einmal ihre ganze Kraft aufzubringen, um unser Wirtschaftsleben vor dem Zusammenbruch zu bewahren. (Zustimmung.)

Abg. Fleger (Dem.): Dem Gehehenswerten stimmen meine Kollegen und Freunde zu. Die Wahrheit, daß die Kohlenverförmung in allerhöchster Zeit in ganz neue Bahnen gelenkt werden muß, findet noch längst nicht überall Beachtung. Die Interpellanten sollten sich darüber klar sein, daß sie selbst die Ursachen der augenblicklichen Notlage nicht verstehen. Die hinter den Interpellanten stehenden Unternehmer sollten sich darüber klar sein, daß sie die Notwendigkeit eines viel früheren Abschlusses von Tarifverträgen im Bergbau nicht erkannt haben. (Zustimmung.) Trotz offenkundiger Verhältnisse können wir das Aufspüren der Bergarbeiter auf die Dauer nicht ertragen. (Schluß im Hauptsaal.)

Groß-Berlin

Vom Gesundheitszustand der Volksschulkinder.

Der Bericht über die Tätigkeit der die Gemeindeschulen betreuenden Schularäte im Schuljahr 1917/18, zusammengestellt vom Medizinischen Rat Dr. Grosch, ist sehr vom Magistat herbeigeholt worden. Sein Wert wird dadurch beeinträchtigt, daß er erst reichlich 1/4 Jahr nach Abschluß des Schuljahres erscheint, zu einer Zeit, wo der Gesundheitszustand unserer Volksschulkinder schon wieder eine Veränderung erkennen lassen kann. Auch sind viele der 60 Schularäte Berlins an diesem Bericht gar nicht beteiligt, so daß ein Vergleich mit den Ergebnissen früherer Jahre nicht möglich ist.

Die 60 Schularäte, die diesmal an der Berichtserstattung teilnahmen, untersuchten 23 333 Schulanfänger. 1888 haben wurden wegen körperlicher oder geistiger Schulunfähigkeit zurückgestellt, das sind 8 Proz. der Untersuchten. (Auch in 1916/17 hat die Zahl der zurückgestellten 8 Proz. der damals Untersuchten betragen.) 4319 Schulanfänger mit ebenfalls nicht einwandfreiem Gesundheitszustand wurden zwar eingestuft, aber bis auf weiteres in ärztliche Heberwachung genommen. Die Gesamtzahl dieser und der noch aus früheren Jahren in Heberwachung gehaltenen Kinder belief sich auf 23 429. Unter den Krankheiten, die Zurückstellung und Heberwachung nötig machten, war ungenügender Kräftezustand (Diarrhoe) am häufigsten: 721 mal bei den Rückgestellten, 729 mal bei den in Heberwachung genommenen, 8821 mal bei der Gesamtzahl der in 1917/18 Heberwachten.

Unter dem Einfluß des Hungerkrieges auf die Ernährung der Kinder äußern sich die Einzelberichte der Schularäte widersprechend. Man liest da Angaben, daß die Kinder verhältnismäßig nicht schlecht genährt waren, und andererseits ebenso oft, daß infolge der Armut ihr Ernährungszustand schlechter als sonst war und daß hierdurch die Entstehung von Krankheiten begünstigt wurde. Widersprüche dieser Art findet man sogar bei Nebeneinanderstellung von Schularatsberichten, deren Bevölkerungsbeziehung sich in nichts von einander unterscheidet. Sie erklären sich daraus, daß solche Urteile zu sehr abhängen von der Vision des Beurteilers und seinen besonderen Ansichten darüber, was man „gut genährt“ oder „schlecht genährt“ zu nennen hat. Im ganzen haben wir den Eindruck, daß viele der Schularäte im Laufe des Krieges in ihren Anforderungen an den Gesundheitszustand der Kinder immer „begehren“ geworden sind.

Heberwachen besteht unter ihnen nur in der Beurteilung der Wirkungen, die der Bandagenentlastung auf die Berliner Kinder ausgeht hat. Allgemein wird von den Schularäten hervorgehoben und getadelt, daß die Kinder einen Gewinn davon hatten. Viele machen aber dabei die Einschränkung, daß die Heimkehrenden oft Hausarbeiten und Ungeziefer mitbrachten.

Was wir in dem Bericht vermissen, ist die Betonung der Notwendigkeit einer Vermehrung der Schularäte. In 1917/18 mußte jeder Schularat durchschnittlich etwa 600 Schulanfänger, also für die Einschulung jeden Halbjahres durchschnittlich 335 Kinder untersuchen. Da kann man sich denken, wie „gründlich“ die Untersuchung manchmal gewesen sein mag.

Zur Neubildung der Berliner Sicherheitspolizei.

Die von uns in Nr. 367 des „Vorwärts“ wiedergegebenen Pläne zur Neubildung einer Sicherheitspolizei haben — wie uns in einer Zuschrift von Angehörigen der Hauptwache der Kommandantur mitgeteilt wird — in weiten Kreisen des hiesigen Sicherheitsbereiches großes Interesse erregt. Man beruft sich darauf, daß die Angehörigen der Hauptwache in den kriegsartigen Zeiten der Polizei ihren Mann gefunden hätten, daß sie infolge dessen erhöhten Aufwands darauf bestanden, bei einer neuorganisierten Sicherheitspolizei herbeizuziehen zu werden. Gerade bei den Angehörigen der Hauptwache der Kommandantur handelt es sich meist um verheiratete Leute aus Berlin, die den Sicherheitsdienst in der Stadt besser verstehen können, als irgendwelche fremde Zugewogene. Mit der Umbildung der Sicherheitspolizei ist die Erfüllung dieser Wünsche in Frage gestellt, was natürlich allgemeine Beunruhigung hervorruft.

Es bedarf keines Wortes, daß die verdienten Angehörigen des bisherigen Sicherheitsdienstes unter keinen Umständen einfach auf die Straße gesetzt werden dürfen, daß vielmehr unter allen Umständen für die Sicherstellung ihrer Existenz gesorgt werden muß. Ob dies aber im Rahmen der neuen Sicherheitspolizei möglich ist, erscheint uns fraglich. Für die Neubildung der Truppe war vorgesehen, daß sie eine strikt alarmbereite Schutzmacht darzustellen sollte. Wenn man diese Rücksicht nicht, so kann man den Organisationsplan, wie er von den Behörden ausgearbeitet ist, nicht ganz verworfen. Wir möchten jedoch dazu eine Anregung geben. Auch alarmbereite

alarmierte Truppen haben in Kriegszeiten beschränkten Urlaub erteilen können. Wenn nun Angehörige des hiesigen Sicherheitsdienstes sich verpflichtet, in der Kaserne zu wohnen und von einem Urlaubsantrag nur geringen Gebrauch zu machen, so müßte es bei einigen guten Willen immer möglich sein, unter Wahrung der Alarmbereitschaft erhebliche Teile der alten Sicherheitspolizei in die neu zu bildende Truppe zu übernehmen. Vielleicht besaßen sich einmal die zuständigen Stellen mit diesem Vorschlag.

Da hört doch alles auf!

Ueber die Mißstände in der Warmwasser-Verförmung entnehmen wir einer Zuschrift folgendes: Die Verordnung über Wassererwärmungsanlagen vom 22. Juni 1919 wird von den Mieterkreisen in höchst eigenartiger Weise ohne Rücksicht auf die Mieter ausgelegt. So ist z. B. der Mietpreis für eine 2 Zimmer-Wohnung, nachdem er 1916 wegen Einschränkung der Warmwasser-Verförmung herabgesetzt worden war, in den letzten drei Jahren um 33 Prozent erhöht worden. Damit nicht genug, fordert der Wirt unter Bezugnahme auf die oben genannte Verordnung eine weitere Erhöhung des Mietpreises und zwar schärfend ab 1. Juli, obwohl die Gegenleistung im Verhältnis zur Steigerung nicht nur ist. Da hört doch wirklich alles auf. Die Verordnung ist ohne Zweifel nicht dazu erlassen worden, beratige Auswüchse in der Mietsteigerung gerechtfertigt erscheinen zu lassen. Es ist unbedingt notwendig, daß die zuständigen Mietvereinsämter unter allen Umständen in Fällen eines solchen Mietwunders dem Wirt gehörig die Leuten leiten.

Steuerliche Benachteiligung der Kriegsteilnehmer.

Die Steuerberanlagung erfolgt vorchriftgemäß nach dem Einkommen des abgelaufenen Kalenderjahres oder, falls ein solches nicht vorliegt, nach dem mutmaßlichen Einkommen des Steuerjahres, also das voransteht. Für die Mehrzahl der Arbeiter und Angestellten ist das Einkommen zurzeit höher, als es im Kalenderjahr 1918 war. Bei den nach dem 1. Januar 1919 entlassenen Kriegsteilnehmern wird der Einkommen des jetzigen Einkommens zugrunde gelegt, während die anderen nach dem Einkommen vom Kalenderjahr 1918 veranlagt werden. Diese Handhabung, die allerdings dem Buchstaben des Gesetzes entspricht, führt zur Benachteiligung der Kriegsteilnehmer auch in finanzieller Hinsicht. Bei der Ermäßigung der Einkommensteuer ist an die jetzigen abnormen Verhältnisse nicht gedacht worden.

Das Finanzministerium hat auch in Veranschaulichung dieser Mißstände, durch Erlass vom 2. August (II 16295) die Veranlagungsbedenden angewiesen, durch eine möglichsten entgegenkommende Handhabung des § 20 Einkommensteuergesetzes eine Milderung der Härten herbeizuführen. Der § 20 gestattet die Ermäßigung der Steuerlast bis zu drei Stufen wegen besonderer, die Leistungsfähigkeit beeinträchtigender wirtschaftlicher Verhältnisse. Auch sollen nach demselben Erlass, wenn infolge Vergrößerung der Veranlagung mehrere Vierteljahrsraten fällig werden, durch Stundung und Bewilligung von Teilzahlungen Erleichterungen gewährt werden. Kriegsteilnehmern empfehlen wir die Bezugnahme auf obigen Erlass bei ihren Einsprüchen und Stundungsgeheimen.

Notmaß: Die unverbesserliche „Freiheit“!

Die „Freiheit“ kann sich nicht genug tun in kostbarer Schadenfreude darüber, daß wir in der Angelegenheit des Kartoffelverkaufs bei der Omnibusgesellschaft wieder einmal hineingelassen worden seien. Wir können ihr diesen Triumph von Herzen, schon deswegen, weil er tatsächlich nur in ihrer Einbildung besteht. Wir verzichten nach wie vor, was wir in unserer ersten Notig gesagt haben. Der Vertrauensmann der Kartoffel- und Schwede von der Zentralverwaltung, Kopschke, Herr, hat uns im Einverständnis mit der Mehrheit seiner Kollegen die Zuschrift geschickt, die wir im Aufzuge veröffentlicht haben. Hier nun mehr einige hinter sich hat, der Gewerksmann der „Freiheit“ oder der unferne Platte, das auszukunnen überlassen wir der selbstgerechten Herrlichkeit der „Freiheit“. Die Einsender der von uns veröffentlichten Zuschrift sind noch heute der Ansicht, daß die Omnibusgesellschaft es nur gut mit ihren Leuten gemeint hat.

An die Fach- und Fortbildungsschullehrer!

Alle Lehrer, die auf dem Boden der S. P. D. stehen, werden um Einleitung ihrer Adresse an das Jugendsekretariat, W. D. Volkswirt, 7, gebeten.

An die Pflichtfortbildungsschüler!

Alle Schüler, die Strafzettel wegen des Schulstreiks erhalten haben, können sich im Jugendsekretariat, W. D. Volkswirt, 7 III, 9-5 Uhr (Rittwoch und Freitag 6-8 Uhr) melden.

Vortrag „Wissenschaftlicher Sozialismus“, Fortsetzung am Sonntag, 17. August, vormittags 9^{1/2} Uhr, im Jugendheim, Lindenstr. 8. Referent: Wölgel-Steglich.

Die bevorstehende Schließung der Mittelstands- und Beamtenklubs und der Volkshäuser und Spielstätten beschäftigt getrennt eine Konferenz. Erklärungen waren viele Vertreter der Magistrats von Berlin, Schöneberg, Charlottenburg, Lichterfeld, Potsdam, vom Auswärtigen Amt, vom Reichsarbeiterrat, vom Reichssozialministerium, vom Roten Kreuz, von der Zentrale für Volkswirtschaft und anderen gemeinnützigen Vereinigungen. Folgende Entscheidung wurde angenommen: Die Veranlagung bezweckt die Einrichtung von gemeinnützigen Spielstätten als notwendig und durchführbar. Sie besteht die „Gründung einer gemeinnützigen Gaststätten-Gesellschaft“ in die Wege zu leiten. Die in der Veranlagung vertretenen Körperschaften, Verbände, Vereine und Einzelpersonen werden die Gründung und Durchführung der Aufgabe in jeder Weise fördern und unterstützen.

Zu dem Aufseheramt am Kurfürstendamm, über den wir am Donnerstag abend berichteten, wird jetzt eine vom Berliner Polizeipräsidenten gegebene Darstellung verbreitet. Der Aufseher Ruder, der einem Zeitungshändler ein antientliches Plakat vom Bilden gerissen hatte, wurde von der Menge verfolgt und zu Boden geschlagen und gab in der Notwehr aus einem Revolver mehrere Schüsse ab. Er traf den 24-jährigen Biele und wurde dann selber von der Menge nochmals in der rohesten Weise mißhandelt, wobei er einen doppelten Scherenschnitt, einen Bruch des Nasenbeins und verschiedene andere Kopfverletzungen erlitt.

Die hiesige Polizeibehörde. Im Hinblick an den Einbruch beim deutsch-österreichischen Konsulat und an die Spionage des hiesigen Generalkonsuls in Berlin wird von einer Seite, die Erfahrungen auf diesen Gebieten hat, darauf hingewiesen, daß Bestimmungen in der Abwehr-Statute ganz wirksamer aufgestellt werden und viel-fach abhandeln können. Man tut gut, bei der Korrespondenz, namentlich mit Deutschen im österrösterreichischen Gebiet, vorsichtig zu sein, auch wenn es sich bloß um rein wirtschaftliche und private Angelegenheiten handelt.

Das Berliner Brandunglück hat einen Schaden von mehreren hunderttausend Mark verursacht. Eine Verkleinerung ist vollständig ausgebrochen. Die anderen wieder-gebrannten Baracken enthielten Feuergeräte der Garnisonverwaltung, wie Licht, Stühle, Bänke, Tische, Tische von emaillierten Geschäften, Wasserlaternen usw. Bei der Unfalluntersuchung ist der große Benzinhälter auch ein Opfer der Flammen geworden. Wenigen Tagen sind nicht zu bezagen. Es wurden zahlreiche Personen, 109, Gefangenen, verhaftet.

Doppel vergebene Gelatine. Eine Schließung mit Gelatine wurde gestern durch die Sicherheitsmannschaften der Kommandantur

